Inseraten-Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Inseraten-Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 335.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 13. Mai.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung.

Berlin, 12. Mai, 11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes v. Bötticher, Scholz, v. Mayr u. A.

Der Abg. Hüter (Greifswald) ist heute gestorben; das Haus ehrt sein Andenken in der üblichen Weise. Eingegangen ist der Gesetz-Entwurf, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Angehörigen des Reichsheeres und der kaiserlichen Marine.

Präsident v. Levetzow theilt mit, daß das Präsidium Ihren königlichen Hoheiten dem Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin und dem Prinzen Wilhelm die Glückwünsche des Reichstages zu der Geburt des Prinzen dargebracht habe und beauftragt sei, dem Reichstage ihren Dank auszusprechen. Er erklärt dann weiter bezüglich des dem Abg. Richter in der vorigen Sitzung ertheilten Ordnungsrufes, daß er ihn ertheilt habe, weil er den Zwischenruf des Abg. Richter dahin verstanden habe: „Sie sind ein Schulmeister". Der Abg. Richter habe nun erklärt, und so sei es auch in das stenographische Protokoll aufgenommen, daß jener Zwischenruf lautete: „Sie sind doch kein Schulmeister". Hätte er, was bei der Unruhe des Hauses nicht möglich gewesen, dieses k gehört, so würde er den Ordnungsruf nicht ertheilt haben. Uebrigens bitte er derartige direkte Apostrophen an die Redner zu unterlassen. Jeder Redner habe das Recht gehört und verstanden zu werden, was bei solchen Störungen und Belästigungen unmöglich sei.

Die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend das Tabaksmonopol wird fortgesetzt.

Abg. Windthorst: So lange deutsche Parlamente über wirthschaftliche Fragen verhandeln, seit der Existenz des Zollparlaments, des norddeutschen und des deutschen Reichstags, ist noch niemals eine so ernste und wichtige Frage erörtert worden. Meine politischen Freunde sind mit einer an Einmüthigkeit grenzenden Majorität mit mir der Ansicht, daß der Idee, in Deutschland das Tabaksmonopol einzuführen, nicht zugestimmt werden könne. (Beifall links mit einem Zuruf, der Zweifel an dieser Erklärung ausdrückt.) Ich weiß nicht, was der Zwischenruf bedeutet. Es ist mir mit dieser Erklärung ebenso ernst, wie dem verehrten Herrn seine Ueberzeugung und ich muß jegliche derartige Kritik über mich und meine Freunde mit aller Entschiedenheit ablehnen. Aber der Gegenstand ist zugleich von so schwer wiegendem Gewicht, daß wir uns für Prüfung desselben in einer Kommission als derjenigen Form erklären, die uns zu einer Erörterung nach allen Seiten hin und in der gründlichsten Form parlamentarisch gestattet ist. Wir sind gegen das Monopol, nicht etwa weil wir die Zwecke nicht billigen, zu welchen die Einnahme, die man von ihm erwartet, verwendet werden soll. [illegible] im höchsten Grade wünschenswerth, die indirekten Steuern zu [illegible] die direkten in richtigem Verhältniß zu ermäßigen; die unteren Volksklassen sind von direkten Steuern nach Möglichkeit zu entlasten, jedoch nicht gänzlich zu befreien, weil ich davon eine erhebliche Rückwirkung auf das ganze Wahlsystem befürchte. Nothwendig ist auch die Entlastung der Kommunen. Ich kann sie nicht in allen deutschen Staaten überschauen, aber in Preußen ist sie zu einer sehr bedenklichen Höhe angeschwollen. Ihre Entlastung durch Uebernahme der Schullasten auf den Staat kann ich aber so ohne Weiteres nicht acceptiren. Es ist uralt Rechtens: die Schullast ruht auf den Eltern und auf der Gemeinde (Beifall), durch Zuschüsse aus den Staatsmitteln soll nur, wo es nothwendig ist, nachgeholfen werden. Die Uebernahme der Schullasten durch den Staat hieße ihn in einem Maße zum Herrn der Schule machen, daß der letzte Rest von Einfluß der Eltern und der Gemeinde auf die Schule verloren gehen würde. (Beifall im Zentrum.) Auch eine höhere Besoldung der Beamten niederer Stellung wäre ohne Zweifel wünschenswerth, wenn wir die Mittel hätten. In Preußen ist der Versuch gemacht, die Verwendung der Gelder, die man hier erwartet, gesetzlich festzustellen. Das Abgeordnetenhaus hat sich diesem Versuch entgegengestellt, nicht weil es ein solches Gesetz nicht gründlich erörtern wollte, sondern weil eine gründliche Erörterung ergeben hatte, daß ein Gesetz dieser Art nach diesen Grundsätzen nicht zweckmäßig sei. (Sehr richtig! links) und weil sich klar herausstellte, daß man das Verwendungsgesetz gleichsam als ein Präjudiz für die Frage des Tabaksmonopols hinstellte. Die Nachtheile der Einführung des Tabaksmonopols können durch jene Zwecke, so anerkennenswerth sie sind, nicht überboten werden. Der Herr Staatssekretär sagte: wenn Sie das Monopol dieser Regierung nicht bewilligen, so werden Sie es einer folgenden zu bewilligen haben. Das könnte so aufgefaßt werden, als ob derjenige, welcher gegen das Monopol stimmt, irgend welches Mißtrauen gegen die jetzige Reichsregierung resp. gegen die Regierungen der Einzelstaaten hätte. Meine Freunde und ich müssen eine solche Supposition absolut ablehnen. Wir haben die wirthschaftliche Politik der Regierungen gebilligt und haben den ernsten Willen, sie ferner darin zu unterstützen. Wir sind gegen das Monopol zunächst aus wirthschaftlichen Gründen. Durch die Einführung desselben wird die große Industrie, welche sich an die Produktion und den Verkauf des Tabaks knüpft, mit allen Nebengewerben bis hinein in die Papierfabrikation absolut vernichtet und eine ganze Reihe von Existenzen entweder zerstört oder gefährdet; es wird ein weites Feld von Thätigkeit dem Staat vindizirt, ohne daß gezeigt worden wäre, wie dasselbe in anderer Weise ersetzt werden könnte. Wie sollen denn diese Leute, die Sie aus diesem Geschäft wegschicken, eine neue Verwendung ihrer Kräfte finden? Die bereits erfolgte Erhöhung der Tabaksteuer hat schon sehr wesentlich die Auswanderung befördert. Sollen nun alle diese Leute nach Amerika geschickt werden, oder wohin sollen sie sonst? Wir haben uns sehr ernstlich zu fragen, wenn wir der Privatthätigkeit ein Feld entziehen, wie dieselbe anderweitig nutzbringend verwendet werden kann. Können wir es nicht, so müssen wir uns hüten, ihr dieses Feld zu entziehen. Jedes Staatsmonopol ist an sich etwas nicht Erwünschtes; wir sind schon viel zu weit in der Monopolisirung gegangen. (Sehr richtig! links.) Wir haben den ganzen Postverkehr, das ganze Telegraphenwesen monopolisirt, wir sind auf dem besten Wege das ganze Eisenbahnwesen zu monopolisiren. Fügen Sie dieses Monopol hinzu, so haben wir einen Umfang von Thätigkeit für den Staat, der wahrhaft erschreckend wirken muß. Wenn es so fortgeht, wird der sozialistische Staat bald fertig sein. (Sehr richtig!) Ueber das Prinzip des Monopols, das gebe ich dem Herrn Staatssekretär zu, soll allerdings nicht generell abgestimmt werden, es wäre auch keine Regierung und Volksvertretung so thöricht, über dieses Prinzip an sich abzustimmen. Es tritt aber das Prinzip des Monopols hier so prägnant hervor, daß, wer es hier bejaht, es kaum auf anderem Gebiet verneinen kann. Wer würde mir dann beweisen können, es sei unzulässig, die ganze Zuckerrüben-Industrie zu verstaatlichen? (Sehr wahr!) Die Zuckerfabrikation vertrüge sogar am leichtesten das Monopol, weil sie noch nicht soweit in alle Verhältnisse eingreift, wie die Tabaksindustrie. (Ruf links: Schnaps!) Darüber urtheile ich nicht. Sie wissen, daß meine Lehre vom Schnaps einfach darin besteht, daß er nur in die Apotheken gehört. (Heiterkeit.) Indessen haben wir durch die Tabaksbesteuerung einigermaßen auf das Monopol hingewirkt, freilich nicht in den Händen des Staats, sondern der Großindustrie und wir werden bei ferneren Maßregeln in Bezug auf die Besteuerung des Tabaks uns sehr zu fragen haben, ob wir nicht die Kapitalwirthschaft auf diesem Gebiete zu sehr befördert haben, resp. befördern würden, wenn wir noch weiter gingen. Es ist nicht zu verkennen, daß auch in der Tabaksindustrie dem Großkapital gegenüber das Kleinkapital kaum anders als in der Assoziation eine Rettung findet. Darüber ist kein Zweifel: soll es in den Händen weniger Großkapitalisten zu einer Monopolisirung des Tabaks kommen, dann lieber in den Händen des Staats. Ein weiterer starker Bundesgenosse der Regierung für das Monopol ist der Zwischenhändler zwischen Tabaksbauer und Fabrik, ein zum Theil nicht sehr zu lobender Gewerbetreibender, unter dessen Druck und Last der Tabaksbauer seufzt. Dann entsteht die Frage: ist der Nutzen aus dem Monopol wirklich so groß, daß man um deswillen so viele Ruinen schaffen darf? Die Berechnungen fallen so verschiedenartig aus, daß ich, ein Nichtsachverständiger, darüber ein voll entscheidendes Urtheil auszusprechen nicht wage, und ist das für mich einer der wesentlichsten Gründe für die kommissarische Berathung, weil diese Berechnungen im Plenum nicht klar zu stellen sind und bei Angabe von Zahlen, die Niemand kontrolliren kann, schließlich der Recht hat, dem man in Bezug auf das Zahlenwesen die meiste Autorität zuschiebt. Aus der sehr lesenswerthen Broschüre von Edmund Schmidt aus Altenburg habe ich den Eindruck gewonnen, daß die Rechnung der Regierung viel zu günstig ist. Daneben erscheint mir die Summe für die Entschädigung zu gering bemessen, und Viele, die jetzt ihr Brot bei der Tabaksindustrie haben, bleiben völlig unentschädigt, völlig unberücksichtigt. Aber auch die berücksichtigt werden, werden nicht ausreichend entschädigt, wofür ich mich auf die Verhandlungen im Volkswirthschaftsrath berufe, von denen ich leider den Eindruck gewonnen habe, daß, wenn die Entschädigung reichlicher bemessen wäre, viele der Herren, die dort gegen das Monopol gestimmt haben, für dasselbe gestimmt hätten. Das beweist, wie bedenklich es ist, berathende Körper lediglich [illegible] Interessenvertretung [illegible] stellen. (Sehr richtig! links.) Aber [illegible] die [illegible] Monopol [illegible] Darüber ist wohl Niemand im Hause im Zweifel, daß die Annahme des Monopols ein entscheidender Schritt für die Herstellung des Einheitsstaates sein würde. Das ist mir gewiß, daß, wenn es eingeführt wird und die Zentralgewalt ein solches Maß von Befugnissen auf Verhältnisse der Einzelstaaten erlangt, eine irgend wirksame Selbständigkeit derselben kaum noch erhalten werden kann, die durch das immer näher heranrückende Reichseisenbahnsystem bereits genügend bedroht ist. Ich möchte nicht dazu beitragen, nun auch noch diese neue entscheidende Maßregel hinzuzufügen, weil ich eben dafür halte, daß nach dem Sinn und Geist der Reichsverfassung das föderative Prinzip zu Grunde zu legen ist und zu einem föderativen System vor Allem die kräftige Fortdauer der Einzelstaaten gehört. Dann kommen politische Erwägungen für das innere Leben der Einzelstaaten, welche durch das Monopol hervorgerufen werden. Die Tendenz der Zeit geht leider dahin, den Staat immer mehr omnipotent zu machen, alle Privatthätigkeit mehr und mehr in seine Hände zu legen, man nennt das ihm einen Inhalt geben. Ich habe bisher geglaubt — es mag dies etwas antiquirt sein —, daß der wesentliche Inhalt des Staates ist, nach außen Schutz zu gewähren durch die Armee, im Innern Gerechtigkeit zu üben und übrigens der Privatthätigkeit und Privatfreiheit nicht weitere Schranken aufzuerlegen, als nothwendig ist, um die Nebenstehenden gegen die Uebergriffe zu schützen. (Sehr richtig!) Aber, daß er nun auch der alleinige Telegraphist, Eisenbahnbauer und Lokomotivführer sein, daß er auch allein den Tabak fabriziren soll, habe ich bisher zu seinen nothwendigen Aufgaben nicht gerechnet. Unter dieser übermäßigen Kräftigung des Staates muß nothwendig der Einzelne leiden und vorzugsweise die Minorität. Da ich voraussichtlich und auch die Mehrzahl meiner Freunde für immer in der Minorität sein werden (Ruf: na, na!), oh, m. H.! das ist nicht die Majorität, wenn man zufällig einmal im Reichstage oder Abgeordnetenhause die Majorität hat; überhaupt legen wir viel zu viel Werth auf das Parlament. Das Leben ist viel weitverzweigter und wirksamer für das Heil Aller, als die Parlamente. Im Leben sind wir in der Minorität und werden leider darin bleiben. Die Folge davon ist, daß wir auf allen Gebieten zurückgedrängt werden: bei den Verwendungen in der Armee, sofern man über den gemeinen Soldaten hinausgeht — zum Kanonenfutter wären wir immer noch gut genug (Heiterkeit), in der Zivilstellung, — wo finden Sie, in Preußen namentlich, in irgend welcher höheren Stellung einen, den ich zu meinen Freunden rechnen könnte? (Zuruf links.) Herr Richter fragt, ob von seinen Freunden. Ja, ich behaupte, Herr Kollege Richter, daß unter der Staatsdienerschaft ein großes Uebermaß verkappter Fortschrittler ist. (Große Heiterkeit.) Wie würde das Monopol in den Rheinlanden, wenn es dort bereits existirte, während der Kulturkampfsjahre gewirkt haben! Wie man dort alle unsere Landräthe und Bürgermeister weggejagt hat, so hätte man auch alle Fabrikdirektoren, alle Tabakverkäufer u. s. w. entfernt. Unsere Gegner würden die Benefizien des Monopols für sich ganz allein in die Tasche stecken und wir hätten gefälligst zu überlegen, ob der Tabak aus der Fabrik uns schmecken würde. (Heiterkeit.) Ich habe dieses nicht gerne hervorgehoben, aber es ist nothwendig, damit nach allen Richtungen die Sache klar wird und damit man an allen Stellen lernt, was es heißt, wenn man die Minoritäten entweder schlecht behandelt oder ignorirt. Dann hat der Herr Staatssekretär die politische Seite der Frage abthun zu können geglaubt durch die Behauptung, bei den Wahlen sei die Einführung des Monopols eine vollkommen gleichgiltige Sache, daran sei gar nicht gedacht. Ich glaube es, aber es könnte doch, wenn das Monopol eingeführt wäre, eine Regierung kommen, die daran dächte. (Sehr richtig!) Das ganze System der offiziellen Kandidaten wäre in Frankreich ohne die Armee der Tabaksinteressenten gar nicht durchführbar gewesen. Denken Sie an die Fabrikdirektoren, an die Arbeiter und an die Tabaksverkäufer in jedem kleinen Dorfe, in jeder Stadt, in jedem Winkel. Es müßte ja wunderbar hergehen, wenn diese auf sonstige Beschäftigung nicht übermäßig angewiesenen Leute zur Zeit der Wahlen nicht auf Kommando zu exerziren im Stande sein sollten. Es ist unzweifelhaft, daß bei uns die Beamten der niederen Kategorien im Post- und Eisenbahndienste ein entscheidendes Gewicht in die Wagschale legen. (Zustimmung.) Ob auf bestimmten Befehl der Regierung, will ich nicht untersuchen, aber es liegt in der Natur der Dinge: „weß Brot ich esse, deß Lied ich singe". (Zuruf: verkappter Fortschritt!) Der verkappte Fortschritt unter den Staatsbeamten wird wahrscheinlich, wenn er seines Herzens Gelüste befriedigen könnte, auf dieses Gebot nicht achten; aber der Knüppel ist an den Hund gebunden (Heiterkeit), und wenn er nicht pariren würde, dann könnte er unliebsam an die Luft gesetzt werden. Ich muß zugeben, daß der Vorwurf, die Regierungen hätten die im Reich gewonnenen Revenuen nicht so verwendet, wie in Aussicht gestellt worden sei, in dieser Allgemeinheit unbegründet ist. Aber in einem konkreten Fall finde ich ihn begründet. Als wir die Zölle erhöhten, war die Verwendung der ganzen Uebersumme zum Besten der Einzelstaaten in Aussicht genommen, und man fand meine Befürchtung, es könnte doch etwas für die Militärverwaltung abgezogen werden, damals nicht begründet. Sehr bald hat sie sich leider begründet gezeigt. Doch kann man der Regierung einen Vorwurf deshalb nicht machen, weil das Parlament genehmigt hat, was sie that. Wenn das Monopol gemacht werden sollte, so wird der übliche Zehnt davon wieder an die Militärverwaltung abgegeben werden müssen. (Heiterkeit.) In der Vorlage steht freilich, der Reingewinn solle den Einzelstaaten gegeben werden. Aber die Dinge sind mächtiger als der Wille der Menschen; wenn das Geld da ist, so findet man gar leicht eine Nothwendigkeit, und die Regierung kann dann zur Aufhebung jener Bestimmung leicht die Zustimmung des Parlaments bekommen, denn es giebt keine verschwenderische Institution als ein Parlament. (Heiterkeit.) Dagegen sind die Regierungen sparsam — das heißt im Verhältniß dazu. (Heiterkeit.) Der Antrag Ausfeld kann so, wie er gestellt ist, nicht Annahme finden, er enthält aber doch eine große Wahrheit und diese müssen wir um so mehr ins Auge fassen, als wir die Erklärung des Herrn Staatssekretärs gehört haben: Wenn Sie das Monopol jetzt und dieser Regierung nicht bewilligen, dann werden Sie es später einer anderen thun. Diese Aeußerung muß zu ernstem Nachdenken führen und es genügt nicht, daß wir nach Erledigung aller Verhältnisse das Monopol etwa ablehnen, sondern es ist wichtig, daß wir, soweit es in unseren Kräften steht, dazu beitragen, daß endlich Ruhe in diese Branche menschlicher Thätigkeit kommt. (Beifall.) Unter den Verbündeten für das Monopol sind nicht die geringsten [illegible] Fabrikanten, welche mit einem mäßigen Kapital arbeiten müssen. [illegible] schon vorhandenen Steuer [illegible] Umständen wieder Ruhe in diese Verhältnisse kommen und das Tabaksgewerbe sich nach der ihm auferlegten Steuer von Neuem regeln und konsolidiren, was auch der Herr Abg. Hobrecht klar dargelegt hat. Ein Versprechen, auf das Monapol nicht zurückkommen zu wollen, hat die Regierung nicht gegeben, aber alle, die an der Berathung des damaligen Tarifs und der Tabaksteuer Theil nahmen, glaubten doch, daß damit zunächst ein Abschluß gefunden sei. Dies trat in der Diskussion klar hervor und aus diesem Grunde haben meine Freunde und ich der höheren Besteuerung und den damit verbundenen Belästigungen des Tabaksbaues zugestimmt. (Sehr richtig!) Ich für meinen Theil kann weder das Monopol annehmen noch eine höhere Tabaksteuer, ehe nicht über die jetzige genügende Erfahrungen gesammelt sind. (Beifall links und im Zentrum.) Damit will ich mich aber keineswegs für alle Zukunft binden. Ich muß sagen, daß der Antrag Ausfeld gegenüber den Erklärungen des Herrn Staatssekretärs Scholz seine Berechtigung hat; übrigens habe ich den dringenden Wunsch, daß die verbündeten Regierungen, wenn nach sorgfältiger Prüfung der Sache das Votum des Reichstages verneinend ausfällt, offen und klar erklären mögen, wir haben es für richtig angesehen, die Volksvertretung ist anderer Meinung gewesen und jetzt geben wir unsere Pläne auf. (Mehrseitiges Bravo!) Nur so können die Dinge wieder ins richtige Geschick gebracht werden. Ich hatte nach der Eröffnungsrede, die wir gehört haben, in der That etwas derartiges erwartet. Ich bin nicht Mitglied des Bundesrathes (Heiterkeit) und weiß nicht genau alles, was dort passirt, aber es soll dort erklärt sein, man möge doch nicht glauben, daß das Tabaksmonopol von der Bildfläche verschwände. Bei der Verlesung der Eröffnungsrede haben wir bemerken können, daß die Herren vom Bundesrathe ein ganz überraschtes Gesicht machten. (Hört! Hört! Heiterkeit.) Jetzt erklärt Herr Scholz dasselbe, was im Bundesrath erklärt ist, das ist keine Stetigkeit in der Sache; um diese herbeizuführen, bin ich für eine kommissarische Berathung. Die kommissarische Berathung widerstrebt nun Manchem, der mit seinem Urtheil über die Sache fertig zu sein glaubt, aber das ist eine subjektive Auffassung, und es kommt hier nicht darauf an, daß die subjektive Anschauung des Einzelnen oder einer gewissen Partei zum Ausdruck kommt, sondern darauf, daß wir eine Basis der Beurtheilung bekommen, objektiv, für alle gleichmäßig, und wenn Zahlen und komplizirte thatsächliche Verhältnisse zu prüfen sind, dann scheint mir die Kommissionsberathung geeignet, damit in gründlicher Prüfung die Sache klar gelegt werde, um endlich Ruhe in die Verhältnisse zu bringen. (Vielseitiger Beifall.)

Abg. Leuschner (Eisleben): Die Ruhe in der Tabaksindustrie würde sich sofort einstellen, wenn wir das Monopol bekommen sollten. Allerdings nur wenige sind aus Prinzip oder Liebhaberei für das Monopol, für uns aber liegt die Sache so, daß wir nur von zwei Uebeln das kleinere zu wählen haben; entweder schaffen wir die erforderlichen Mehreinnahmen für das Reich durch Erhöhung der direkten Steuern, oder durch höhere indirekte Besteuerung, und in dieser Zwangslage entschied sich die Mehrheit der deutschen Reichspartei dafür, dem Monopol gegenüber eine wohlwollende Stellung einzunehmen, und dasselbe nicht ohne Weiteres zu verwerfen. Die Mittel für die Mehrausgaben des Reichs sind durch Erhöhung der Matrikular-Umlagen nicht zu schaffen, da die Finanzlage der Einzelstaaten sich fortwährend verschlechtert. Der beste Kitt für das neue Reich sind gute Finanzen. Ersparnisse können wir nicht machen, da unsere Haupt-Ausgaben für die Armee zu leisten sind, an deren Einrichtungen nicht gerüttelt werden darf, denn ohne unsere Armee ist die deutsche Einheit nicht zu halten. Außerdem haben wir große Ausgaben für Kanäle, Sekundärbahnen und landwirthschaftliche Zwecke zu machen. Jedenfalls besteht heute die Gefahr, daß das Reich einmal in Zeiten der Noth nicht in der Lage wäre, seine Ausgaben selbst zu erschwingen. Alle diese Gründe veranlassen meine Fraktion, der Monopol-Vorlage gegenüber eine sympathische Haltung einzunehmen. Wir nehmen jedoch

keineswegs Alles als richtig an, was in der Vorlage steht: nicht aus Prinzip, sondern aus Nothwendigkeit sind wir Anhänger des Monopols und bereit über jeden andern Vorschlag zu diskutiren, durch welchen der Zweck der Vorlage, neue Mittel für das Reich zu erlangen, erreicht werden kann. Sind die Herren in der Lage, für einzelne Bestimmungen der Vorlage etwas Besseres vorzuschlagen, so sind wir gern bereit, auch hierüber in eine Prüfung einzutreten, und ich bitte Sie deshalb der Vorlage ein freundliches Wohlwollen für die Kommissionsberathungen entgegenzubringen. (Beifall rechts.)

Abg. Mayer (Würtemberg): Gestatten Sie mir, zunächst als Würtemberger gegen das Monopol aufzutreten, bevor ich Ihnen den Standpunkt meiner Partei in der Sache bezeichne. Selbst in parlamentarischen Kreisen stieß ich auf die Meinung, daß wir Würtemberger sammt und sonders für das Monopol seien. Die Sache verhält sich so: Unsere Regierung wünscht entschieden die Einführung des Tabaksmonopols und verspricht sich davon eine große finanzielle Erleichterung. Sie gehört eben auch zu Denjenigen, von welchen vorgestern der Herr Unterstaatssekretär v. Mayr sagte, daß sie „eine erheblich große Summe aus indirekten Steuern wohl zu verwenden wüßten“. Im März vorigen Jahres hat sie auch eine Abstimmung der Kammer gegen nur 17 verneinende oder enthaltende Stimmen zu Gunsten des Monopols erzielt. Wie? das will ich im Reichstage nicht erörtern. Nur zur Erklärung lassen Sie mich zwei Thatsachen konstatiren: Einmal, daß bei uns die alte Verfassung noch keiner durchgängigen Revision unterzogen ist. In der vom allgemeinen Stimmrecht gewählten Volkskammer sitzen noch 23 Privilegirte, 25 Prozent der Vertretung. Außerdem sitzt in derselben durch Volkswahl eine große Menge Staatsdiener. Sodann, daß von unseren 64 Oberämtern nur sieben Tabaksbau betreiben. Würtemberg setzt daher bei Einführung des Monopols weniger als andere auf's Spiel, im Verhältniß zu dem Antheil, welcher ihm zufällt, wenn wirklich ein Gewinn aus dem Monopol erzielt und wenn er vertheilt wird. Nichtsdestoweniger stimmt auch bei uns ein beträchtlicher Theil des Volkes, ganz abgesehen von den Interessenten, der in dieser Sache von der Regierung und von den Ständen eingeschlagenen Politik nicht zu. Wir sind unter den siebenzehn Reichstagsmitgliedern aus Würtemberg unserer sieben, welche von sich sagen können, sie seien ausdrücklich gegen das Monopol gewählt. Die Volkspartei stimmt gegen das Monopol und für den Ausfeld'schen Antrag, und wenn das zur Abstimmung gelangt, gegen die Verweisung der Sache an eine Kommission. Gänzlich illusorisch gemacht wurde durch das Monopol das Steuerbewilligungsrecht aller deutschen Volksvertretungen, insbesondere das des Reichstages. Die indirekten Steuern haben ohnedies schon diese Wirkung. Was bliebe von diesem wesentlichsten parlamentarischen Recht noch übrig, wenn auch noch wirklich einträgliche Monopole dazu kämen. Denn daß das Tabaksmonopol nur das erste, nicht das letzte wäre, das glaube ich trotz der entgegenstehenden Versicherung des Herrn Staatssekretär Scholz, wenn sie auch im besten Glauben gegeben war. Der andere konstitutionelle Einwand ist, daß durch das Tabaksmonopol eine Masse abhängiger Existenzen geschaffen würde, wodurch die Freiheit der Wahlen verloren ginge. Der kaiserliche Erlaß vom 4. Januar mahnt in dieser Beziehung zu doppelter Vorsicht, zumal er auch Reichsbeamten zur Nachachtung verkündigt wurde. Die Tabaksbauer, einzelne sowohl als Gemeinden, die Taxatoren, die Angestellten der Regie oder die Verschleißer würden nicht nur selbst korrupt, sondern sie würden auch die Träger und Nester politischer Korruption. Der Reichsregierung ist es ja wohl mit dem Monopol nicht um agitatorische Zwecke, sondern zunächst darum zu thun, eine ständig sichere Einnahme unter Dach zu bringen. Doch die Menschen sind schwächer, als die Dinge. Die 60,000 Tabaksbureaus würden sich auch ohne von Oben herab gegebene Impulse von selbst in ebenso viele Wahlbureaus verwandeln. Es ist aber auch noch ein Wort zu sagen von den Arbeitern der Regie. Ihre Abhängigkeit würde [illegible] als die aller übrigen Lohnarbeiter in fremdem Dienst. Ihr Arbeitgeber wäre zugleich [illegible] weil ihnen der Ausweg, in andere Tabaksgeschäfte überzutreten, sowie die Möglichkeit der Selbstetablirung versperrt ist. Außer den angeführten politischen Bedenken hat die Volkspartei noch andere, welche mit ihrem Bekenntniß zum Föderalismus zusammenhängen. Die Reichsverfassung ist eine Bundesverfassung. Darum hat die Volkspartei sich auf ihren Boden gestellt. Daraus folgt nun auch ihr Recht, über ihre Bewahrung mit zu wachen. Mit der Bundesnatur des Reichs aber, das ist unsere Auffassung, ist das Wesen des Monopols unverträglich. Deutschland besitzt nun einmal eine besondere Art von Einheit, aber diese ist jedenfalls so stark, daß sie einen Puff ertragen, einen Weltstoß aushalten kann. Nur den Absolutismus erträgt sie nicht. Wer aber Monopol sagt, sagt: Zäsarismus, Imperialismus.— Roms Tyrannen haben die Monopole eingeführt. In Oesterreich, in Frankreich, in Spanien, in Preußen, in Würtemberg entstanden sie in der absolutistischen Zeit. Freie Länder, freie Völker, Rechtsstaaten ertragen keine Monopole. Hier im deutschen Parlament darf ich wohl den Staatsmännern der Reichsregierung zurufen: Lassen Sie sich begnügen an der Form und an dem Grad und Maß der Einheit, welche Sie erreicht haben und welche Niemand mehr anficht. Sie hat die zwei Säulen, welche sie braucht: Ein Recht, ein Heer! Eine Ordnung und Lehre! Eine Waffe! Eine Fahne! Ein Befehl! So hat das Volk die Armee verlangt und ersehnt, auch im Jahre 1848. Haben wir erst eine Heeresverfassung, so groß gedacht, so tüchtig und zuverlässig, so fähig der größten Ausdehnung und höchsten Anspannung, aber auch so haushälterisch, so bürger- und bauernfreundlich, als sie Scharnhorst und Gneisenau heute schaffen oder billigen würden, dann braucht es keiner Monopole zu ihrer Erhaltung. Eine Zentralisation, welche bis zu diesem Mittel greift, stärkt nur den einseitigen Militärstaat, nicht das große, freie, helle, wohlgeordnete und wohlgerüstete, aber friedlich blühende Reich, wie es das Volk sich denkt und wünscht. Monopole sind Fesseln. Solcher bedarf es nicht, um die deutsche Einheit zusammenzuhalten. Vor etlichen Jahren war es, da spukte auch so ein Projekt. „Reichseisenbahnen“ hieß damals das Gespenst. Da waren wir im Süden Alle sofort wie ein Mann: Minister, Stände und Volk. Nimmermehr! war die Antwort. Was wir uns selber geschaffen, wollen wir auch selber verwalten und behalten, dem Ganzen, dem Reich nicht zum Trutz, nein, zu Nutz und Frommen; aber in eigener Hut und als unser Eigen. Nun kommt dieses neue Projekt, blendender, bestechender. Die Regierungen schwanken; doch des Volkes schlichter, klarer Sinn läßt sich nicht irren. Auch des Kanzlers Autorität, auch seiner Räthe Beredtsamkeit soll uns nicht zu diesem Abenteuer verlocken. Und wenn das Monopol, wie Ihnen vom deutschen Handelsstand im voraus berechnet und bewiesen ist, wirklich nicht das erbringt, was sich der Fürst Reichskanzler davon verspricht, wie dann? Da wird es sein wie nach einem Kriege, wenn der holde Frieden kommt. Die Todten liegen auf den Schlachtfeldern und nichts weckt sie wieder auf. Das blühende Geschäft ist zerstört und läßt sich nicht wieder herstellen. Doch nicht blos, ob Wohlstand und Sicherheit des Erwerbs künftig in Deutschland herrschen soll, oder nicht, — ob Freiheit oder Absolutismus, so stellt das Monopol die Frage. Der Wille eines Einzelnen richtet sich auch gegen das, was die große Mehrheit der Volksvertretung aus allen Parteien übereinstimmend will. Es giebt Tage für die Parlamente, wo sie auf weit hinaus der Völker Schicksale in der Hand haben. Ein solcher Tag ist heute, die Macht verbleibe dem Reichskanzler, die Allmacht müssen wir ihm verweigern. Ich sprach Ihnen neulich davon, daß mich hier alle Erinnerungen an ein vergangenes deutsches Parlament verfolgen. Gestatten Sie mir, Ihnen eine solche Erinnerung aus der Paulskirche vorzuführen, — deren Deutung und Anwendung aber Ihnen selbst zu überlassen. Es war am 19. Juni 1848. Es handelte sich um die Einsetzung einer Zentralgewalt. Die Linke hatte beantragt, nur einen Vollziehungsausschuß zu bilden. Da hielt Robert Blum eine Rede wider die Zentralgewalt, welche einen mächtigen, mir einen unvergeßlichen Eindruck machte. Er schloß mit den Worten und damit lassen Sie auch mich schließen: „Wollen Sie das Himmelsauge der Freiheit brechen sehen und die alte Nacht über unser Volk aufs Neue heraufführen, so schaffen Sie Ihre Diktatur!“

Abg. v. Stauffenberg: Ich habe im Jahre 1878 im Namen meiner politischen Freunde und wohl im Sinne der Majorität des damaligen Hauses die Richtungen entwickelt, welche nach unserer Ansicht eine Steuerreform zu nehmen hat. Wir haben damals an die Spitze gestellt, wir wollen absolut eine Mehrbelastung des Volkes nicht, sondern Zug um Zug soll die Entlastung desselben erfolgen. wir wollen nicht Steuern auf Vorrath, sondern nur für ganz bestimmt definirte und von uns genehmigte Zwecke bewilligen. wir wollen, daß diese Steuerreform sich planmäßig und allmälig vollzieht unter ausdrücklicher Wahrung der konstitutionellen Rechte dieses Hauses. Der Einwand, daß der Wahrung dieser Rechte technisch außerordentlich schwierige Hindernisse entgegenstehen, trifft absolut nicht zu. Wir haben in jüngster Zeit in Bayern die Erfahrung gemacht, daß sich sehr leicht die Formen finden lassen, auch bei der Steuerentwickelung die konstitutionellen Formen zu wahren. Wir haben die indirekten Steuern, welche wir erhoben, beziehungsweise neu bewilligen mußten, immer nur auf die betreffende Finanzperiode bewilligt. Bei der damaligen Entwickelung des Finanzprogramms konnte ja kein Mensch voraussehen, welche Wendung die Dinge unmittelbar in den nächsten Jahren nehmen würden. Man hat damals im Auge gehabt, successive die Matrikularbeiträge nach und nach zu beseitigen, um das deutsche Reich auf eigene Füße zu stellen. Man hat also zu diesem Zwecke unendlich geringere Summen in Anspruch genommen, als sie durch die Steuerbewilligungen im Jahre 1879 hernach bewilligt worden sind. Die eigentlichen Matrikularbeiträge sind an und für sich ziemlich als beseitigt zu betrachten, denn die Zuwendungen, welche an die Einzelstaaten gemacht werden, erreichen sie bis auf den kleinen Betrag von 2½ Millionen Mark, und in dieser Beziehung können wir mit voller Ruhe der Entwickelung der Zukunft vertrauen, daß sie in sehr kurzer Zeit auch diese Grenze überschreiten werden. Etwas anders liegt die Sache bei den Aversen. Die Beseitigung derselben hat ihre eigenthümlichen Schwierigkeiten, denn die Matrikularbeiträge und Zuwendungen, die Aversen werden ihrer Natur nach wieder als Ueberschuß am Ende der Rechnung erscheinen. Nun handelt es sich bei der gegenwärtigen Vorlage zunächst darum: Wozu sollen die Erträgnisse, welche diese Vorlage uns bringt, verwendet werden? Nach dem Wortlaut des Gesetzes würden zweifellos die vollen Erträgnisse den Einzelstaaten überwiesen werden. Die Motive geben aber an anderer Stelle deutlich zu erkennen, daß das eine rechnerische façon de parler ist. Nun ist es aber mit den Erträgnissen des Tabaksmonopols eine eigenthümliche Sache. Was haben wir in den Aeußerungen des Reichskanzlers innerhalb und außerhalb dieses Hauses nicht Alles gehört, was mit dem Erträgniß des Tabaksmonopols gemacht werden soll! (Beifall links.) Bei den Wahlen ist das Monopol als Patrimonium der Enterbten ausgespielt worden und zwar von einem Manne, der es als eigensten Gedanken des Reichskanzlers bezeichnete und sich ausdrücklich als autorisirt zu dieser Aeußerung bekannt hat. (Beifall links.) Wenn solche Dinge mit einer solchen Autorität ausgespielt werden, so scheint es mir doch ein sehr gefährliches Ding zu sein, damit umzugehen wie mit einem Rock, den man heute anzieht und dann wieder auszieht, um ihn in den Schrank zu hängen, bis man ihn wieder zu einer besseren Zeit, bei einer günstigen Konjunktur tragen kann. Genau wie mit einem Rock ist mit diesem Wort „Patrimonium der Enterbten“ verfahren worden. Es ist einstweilen von der Bildfläche verschwunden, weil man gefunden, daß es ungünstig gewirkt hat. Was haben wir von dem Patrimonium der Enterbten, von den Konferenzen der Finanzminister zu Heidelberg, zu Koburg, bis zu der Denkschrift der Vorlage und dem Volkswirthschaftsrath und bis zu diesen Motiven nicht Alles darüber gehört, was mit dem [illegible] immer gesagt, man brauche das Geld, [illegible] wenn es da ist, auf irgend eine Weise ausgegeben werden, das ist wirklich keine ernsthafte Verlegenheit, mit der wir uns zu beschäftigen haben. (Sehr gut! links.) Aber wozu soll ich die ganze Gallerie dieser verschiedenartigen Verwendungszwecke hier erschöpfen, nur auf eines lassen Sie mich noch hinweisen. In der Vorlage an den Volkswirthschaftsrath sind die Erträge des Tabakmonopols in Anspruch genommen für die Ausgaben, die den Einzelstaaten durch die Unfall- und Invalidenversicherung erwachsen. In der Begründung, die wir vor uns haben, ist die Unfall- und Invalidenversicherung durch eine Versenkung verschwunden (Sehr gut!) und in denselben Schrank zurückgestellt, in dem sich das Patrimonium der Enterbten befindet. Schon 1878 haben wir anerkannt, daß das Reich nicht nur auf selbständige Füße gestellt werden muß, sondern daß es bei der Bilanzirung der Einzelstaaten Verhältnisse geben kann, in welchen vom Reich durch Reichssteuern etwas geleistet werden muß. Wenn man den Einzelstaaten die Befugniß genommen hat, gewisse Gegenstände des Verbrauchs u. s. w. zu besteuern, also ihr Recht, die Bilanzirung aus eigenen Mitteln herbeizuführen, beschränkt hat, so wird sich nicht leugnen lassen, daß, wenn dort Bedürfnisse hervortreten, diese auch befriedigt werden müssen. Aber dann darf nur in der vorsichtigsten Weise verfahren werden. Der Herr Staatssekretär wies darauf hin, daß die Verschleuderung oder unrichtige Verwendung solcher Summen unmöglich sei, weil sie nur mit Zustimmung der Vertreter der Einzelstaaten erfolgen könne. Ja, meine Herren, diese Vertreter sind doch auch nur Menschen, und wir haben es ja alle mit einander erlebt, daß Staatsregierung und Landesvertretung, so lange man in Geldfülle lebte, Ausgaben machten, die man hinterdrein doch sehr bereut hat. Da wird es nun sehr bedenklich, wenn man von der Unterstützung der Kommunen. von der Uebernahme ihrer Lasten auf den Staat spricht. Der Herr Unterstaatssekretär für Elsaß-Lothringen hat in der vorgestrigen Sitzung sich bemüßigt gefunden, die bayrischen Verhältnisse hervorzuheben und die dortigen Gemeinden als besonders benöthigt darzustellen. Nun, meine Herren, ich weiß nicht, warum er sich gerade mit Bayern beschäftigte. Sollte das ein Hieb auf die bayrische Regierung sein, weil sie im Bundesrath gegen das Tabaksmonopol gestimmt hat (Heiterkeit), so kann die bayrische Regierung hierüber ruhig sein; sie befindet sich in vollständiger Uebereinstimmung mit der Volksvertretung. Aber meine bayrischen Kollegen aus allen Fraktionen des Hauses protestiren mit mir dagegen, daß unsere bayrischen Verhältnisse von ganz unberufener Seite so dargestellt werden. (Hört, Hört!) Ich komme jetzt auf einen anderen Gegenstand, auf einen kurzen Rückblick über die Wendung, welche die Tabaksteuerreform bei uns genommen hat. Sie wissen, daß im Jahre 1878 in der denkwürdigen Szene, die sich zwischen dem Herrn Reichskanzler und dem damaligen preußischen Finanzminister abspielte, das Tabaksmonopol eigentlich zum ersten Male als das Ideal der Zukunft hingestellt wurde; daß es damals im Reichstage enthusiastische Zustimmung gefunden hätte, wird von keiner Seite behauptet werden. Wir hatten bald darauf das Gesetz über die Enquete gemacht und dasselbe so gestaltet, daß die Enquete nicht als Vorbereitung zum Tabaksmonopol angesehen werden soll und der Reichstag hat — wenigstens mittelbar — damals schon sein Votum dagegen abgegeben. Dann kam das Tabaksteuergesetz vom Jahre 1879, über das uns der damalige preußische Finanzminister, Abg. Hobrecht, vorgestern das nähere Historische mitgetheilt hat. Es muß noch auf einen Passus der Motive aufmerksam gemacht werden, der geeignet ist, ein völlig schiefes Bild von der Entwickelung der Dinge zu geben. Es heißt da: Die Thatsache, daß sich die gesetzgebenden Faktoren des Reichs im Jahre 1879 nicht sofort für das Monopol, sondern zunächst nur für die Gewichtsteuer entschieden haben (Lachen links), steht dem nicht entgegen. Nun frage ich: Kann man der historischen Wahrheit stärker ins Gesicht schlagen? Ja, meine Herren, ich glaube die Behauptung wagen zu dürfen, hätte man damals das Gesetz als Vorbereitung für das Monopol bezeichnet, es würde sich kein halbes Dutzend Abgeordnete im Reichstage gefunden haben, die dies Gesetz angenommen hätten. Das genaue Gegentheil ist wahr. Was sich die verbündeten Regierungen gedacht haben, kann ich natürlich nicht wissen, aber was der Reichstag gedacht hat, das hat er offen dargelegt durch die motivirte Tagesordnung, welche er bald darnach auf den Antrag des Abg. Richter (Hagen) annahm. Darüber kann kein Zweifel sein, daß der Reichstag nicht „zunächst“ die Gewichtsteuer, sondern überhaupt und absolut die Gewichtsteuer damals gemacht hat, und daß er sich nicht „sofort“ für das Monopol „nicht“ ausgesprochen hat, sondern daß er sich mit der größten Bestimmtheit gegen das Monopol ausgesprochen hat. (Sehr wahr! links.) Eine gesunde Steuerpolitik, wie wir sie bis jetzt in Deutschland gewöhnt waren, würde doch verlangt haben, daß, nachdem wir dies Gesetz 1879 gemacht haben, und eine ganze Reihe von Umständen, die ja jedermann kennt, die Wirksamkeit des Gesetzes zu verdunkeln geeignet schienen, nachdem dies Gesetz jetzt noch nicht einmal vollständig durchgeführt und erst mit Ablauf dieses Jahres zum ersten Mal ein, wenn auch nicht abschließender, aber doch wenigstens einigermaßen orientirender Ueberblick darüber gegeben wird, was dieses Tabaksteuergesetz tragen wird — so hätten die Grundsätze einer gesunden Steuerpolitik vor Allem verlangt, daß man mit einer gewissen Ruhe und Stetigkeit vorgegangen wäre. (Sehr richtig! links.) Das jetzige Verfahren ist wirklich ein eigenthümliches. Gestatten Sie mir, ein Bild zu gebrauchen: Es kommt mir vor, wie Jemand, der Radieschen gesäet hat und nun nicht warten kann, bis sie gewachsen sind und nun Stück für Stück herauszieht, um nachzusehen, ob sie schon hinreichend gewachsen sind, und nachher hat er gar keine. (Heiterkeit.) Man ist diese Ruhe und Stabilität den Anforderungen des Gesetzes, den Steuerzahlern, den Konsumenten und allen Interessenten schuldig; wir sind es den Tabaksbauern schuldig, den Tabakshändlern und allen Tabaksfabrikanten. Man hat in Oesterreich und Frankreich, wenn man an eine Erhöhung der Tabaksteuer, in der Form, wie sie dort erhoben wird, gegangen ist, — an eine Erhöhung der Preise — dieses — wie soll ich sagen? — Herumzucken an der Sache immer für unthunlich gehalten. Man hat die Preise nur nach größeren, oft zehnjährigen Perioden erhöht und immer ruhig abgewartet, bis der Konsument sich daran gewöhnt hat. Meine Herren! Eine Industrie, welche Sie in dieser Weise von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat keinen Augenblick zur Ruhe kommen lassen, muß nothwendig die schwersten Schäden erleiden, und schließlich am Ende sein, das ist einer der Umstände, welcher die Tabaksfrage bei uns über ihren Werth hinaus verbittert hat. Wenn der Herr Unterstaatssekretär v. Mayr gesagt hat: Lassen Sie das Gesetz zwei oder drei Jahre in Wirksamkeit sein, so werden alle Tabaksbauer auf unserer Seite sein, dann kann ich den verbündeten Regierungen sagen: Schöne Gesetze sind es, die solche Wirkungen hervorrufen! (Bravo! links.) Insoweit ist die Vorlage mit Freuden zu begrüßen, als sie in ganz zweifelloser Abstimmung beseitigt werden kann, so daß nicht in künftigen Motiven gesagt werden kann: Wir haben zunächst das Tabaksmonopol abgelehnt. Erlauben Sie mir einem Gedanken Ausdruck zu geben, der mir eine ganz zweifellose und wichtige Wahrheit zu enthalten scheint: Zu einer endlichen Ordnung der Tabaksfrage werden wir nicht eher kommen, bis der Monopolgedanke aufgegeben ist und nicht mehr auf der Bildfläche erscheint. Jede Verhandlung über die Tabaksteuervorlage wird auf die Frage angesehen werden: beabsichtigt die Regierung nicht auch zum Monopol zu drängen? beabsichtigt sie nicht, die Leute in einen solchen Zustand der Verwirrung zu bringen, daß sie schließlich das Monopol als das bessere anerkennen? Das wird man mit vollem Recht fragen, und ich sage mit vollem Ernste, daß, ehe das beseitigt ist, wir zu einer endlichen Ordnung der Dinge nicht kommen. Weiter hat zu dem gegenwärtigen Zustande beigetragen die ganze Art und Weise, wie die Straßburger Manufaktur verfahren ist. Ich habe als Vorsteher des Ausschusses für Elsaß-Lothringen dieselbe oft genug in ihren Details behandelt, wir hatten mehrfach den Antrag gestellt, daß sie veräußert werden sollte. Das ist nicht geschehen. Man hat einmal gesagt, das wäre im Interesse des Tabakbaues von Elsaß-[illegible] seinem Unterhalte brauche. Es ließe sich ja auch wirklich [illegible] zur Erklärung sagen, und ich glaube, wenn dieser Zweck allein im Auge behalten würde, so würden wir uns über die Tabaksmanufaktur in irgend wie erregter Weise in diesem Hause nicht unterhalten. Mir ist es immer wunderbar vorgekommen, wie z. B. im Volkswirthschaftsrath verschiedene industrielle und andere Branchen mit dieser angenehmen Leichtigkeit sich über die Tabaksfrage und die Straßburger Manufaktur geäußert haben; besonders hat dies Einer oder der Andere der Herren Vertreter der Baumwollenindustrie gethan. M. H., wenn es aus irgend einem Grunde der Regierung einfallen sollte, an einem Orte eine kolossale Garnspinnerei zu errichten, sie mit Reichsmitteln zu unterstützen, und so zu betreiben, daß sie mit ihren Produkten, wenn sie auch Weberei betreibt, unmittelbar an die Konsumenten geht, und den Hausfrauen alles mögliche zuredet und noch besondere Vortheile bieten würde, welches Geschrei würden wir dann von Seiten der Baumwollspinner hören? (Heiterkeit.) — Was die Frage noch weiter entwickelte, war die offiziöse Polemik; ich mache für dieselbe die hier erscheinenden Vertreter der Regierung nicht verantwortlich, aber die Thatsache besteht und ich spreche von ihr nur in dem Sinne, daß ich sie aufführe als Erklärung der Verbitterung, und mit der dringenden Bitte, für die Zukunft Wandel zu schaffen, wozu die Worte des Herrn Staatssekretärs bei Beginn der Debatte einige Hoffnung geben. Wenn man in den offiziösen Blättern den Tabaksinteressenten sagt: Wenn Ihr Eure Sache gegen die Euch gebotene Entschädigung nicht hergebt, wenn Ihr renitent seid und Euch hinter die liberale Partei, sogar hinter die Fortschrittspartei steckt, wird man Euch im zweiten Theil ganz anders kommen, dann bekommt Ihr schließlich gar nichts und werdet einfach todtgeschlagen, so erinnert man sich doch an Dinge, wie sie anderwärts vorgekommen sind, und mir ist eine biblische Reminiscenz eingefallen, die Sie im ersten Buche der Könige Kap. 21 lesen können (Heiterkeit). Es heißt da: Und Ahab redete mit Naboth, und sprach: Gieb mir Deinen Weinberg, ich will mir einen Kohlgarten daraus machen, weil er so nahe an meinem Hause liegt; ich will Dir einen besseren Weinberg dafür geben; oder, so Dir's gefällt, will ich Dir Silber dafür geben, so viel er gilt. Aber Naboth sprach zu Ahab: Das lasse der Herr ferne von mir sein, daß ich Dir meiner Väter Erbe sollte geben. Und da kamen dann zwei lose Buben, die zeugten wider Naboth; da führten sie ihn vor die Stadt hinaus und steinigten ihn, daß er starb. M. H.! Wie ging dann die Geschichte weiter? Dann kamen die Männer Belials und zeugten wider Ahab und das Ende war, daß er todtgeschlagen wurde. (Große Heiterkeit.) M. H.! Das sind doch keine erfreulichen Aussichten, wenn man dies mit einigem Unmuth in den Interessentenkreisen behandelt. Der Herr Staatssekretär hat auf die praktischen Erfahrungen mit dem Monopol in Oesterreich und Frankreich hingewiesen. Nun m. H.! von anderen Monopolländern spricht man lieber nicht, es ist auch besser, denn da würden weniger angenehme Dinge zu Tage kommen. Ich frage mich nun, ob es im gegenwärtigen Augenblick für die Reichsbedürfnisse absolut nothwendig ist, ein Monopol einzuführen? Ich meine, daß wenn diese ungeheure Störung im Erwerbsleben gemacht werden soll und wenn sie nothwendig ist, daß sie dann so gemacht wird, daß sie für das Reich möglichst große Summen bringt, und die Erfahrungen in Frankreich und Oesterreich haben gezeigt, wie man es machen muß. Man sagt auch, wir könnten aus diesen Erfahrungen profitiren und die Kosten sparen, die sonst mit diesen Erfahrungen verbunden sind. Nun sehen wir aber bei der Vorlage, daß von den österreichischen und französischen Erfahrungen gänzlich abgesehen wird, daß die Vorlage auf unsere nationalen Bedürfnisse zugeschnitten ist. Während in Oesterreich und Frankreich das Monopol zusammenhängt mit den Preisen der Tabaksfabrikate und durch deren Preiserhöhung die Erträgnisse des Monopols ganz allein hervorgerufen worden sollen, will man bei uns ein Monopol schaffen ohne jede Preiserhöhung der Fabrikate, welches den heimischen Tabaksbau nicht blos erhalten, sondern weiter bilden soll; man will dies thun ohne starke Konzentration des

Betriebes und mit thunlichster Erhaltung der Hausindustrie. Bis jetzt hat noch kein Monopol der Welt dieses Kunststück fertig gebracht, und wir wären die ersten, die das fertig brächten. (Sehr gut! links.) Nun, ich weiß ja nicht, wer das Monopol leiten wird, es ist mir auch gleichgiltig, aber wenn man in dieser Beziehung Belehrung sucht, so findet man sie doch am allermeisten in Frankreich, und ich empfehle Allen, welche sich in nicht zu weitem Rahmen über diese Dinge zu informiren wünschen, aus der letzten französischen Enquete von 1875 die Vernehmung des Direktors der französischen Monopolfabriken Rouland durchzulesen und aus derselben einmal die richtigen und wahren Grundsätze herauszubekommen, nach welchen ein Monopol geleitet werden muß, das dem Staat wirklich bedeutende Summen bringt. Das Monopol soll also ohne Preiserhöhung eingeführt werden; wir wollen uns damit begnügen, was die Fabrikanten und die Händler verdient haben und dadurch eine Rente erzielen, die auf 160 und einige Millionen berechnet worden ist. In dieser Beziehung sind die französischen Verhandlungen sehr instruktiv. (Redner zitirt einzelne Stellen aus einer im Juli 1872 in der franz. Nationalversammlung stattgehabten Debatte über Einführung des Monopols des Salzverkaufs.) Die Ertragsberechnungen gehören schon im geschäftlichen Leben zu den schwierigsten Dingen und ich weiß nicht, wer die Verantwortlichkeit für die in der Vorlage enthaltenen Ertragsberechnungen trägt. Dem Reichskanzler und den verbündeten Regierungen kann man sie wohl in formeller, aber doch nicht in materieller Beziehung zuschreiben, denn ich glaube kaum, daß Jemand, der in die Geheimnisse der Tabakfabrikation eingeweiht ist, sich in diesen Kreisen befunden hat. Uebrigens waren gerade die Voranschläge, die von der Regierung gemacht worden sind, stets die unzuverlässigsten, die es überhaupt auf dieser Welt giebt. (Sehr richtig!) Nun sind es die Erfahrungen der Straßburger Manufaktur, auf welchen diese Vorschläge beruhen. Es ist aber ein starkes Stück, daß uns zugemuthet wird, diese Erfahrungen so ganz ohne Weiteres als gegeben anzunehmen. Wenn diese Erfahrungen für uns einen auch nur annähernden Werth haben sollen, so müssen wir vor Allem einmal die alte Anforderung wiederholen, daß uns eine ordentliche aufgemachte kaufmännische Bilanz der Straßburger Manufaktur vorgelegt wird. (Sehr wahr!) Wenn wir annehmen, daß gegenüber dem österreichischen und französischen Monopol das Hauptgewicht dieses uns vorgelegten Monopols in die Zigarrenfabrikation gelegt ist und die Rauch- und Schnupftabaksfabrikation gewissermaßen als Annex erscheint, der keine nennenswerthen Erträge liefert, und wenn ich erwäge, daß man in Frankreich und Oesterreich darüber auch gar keinen Augenblick in Zweifel ist, daß die Zunahme des Zigarrenkonsums für die Regie eine ganz ernsthafte Verlegenheit ist und daß das Haupterträgniß der Regie aus dem Rauchtabak und in Frankreich auch aus dem Schnupftabak gewonnen werden muß, so muß ich sagen, daß die Fabrikationsverhältnisse bei uns erheblich ungünstiger sind als dort. Wenn ich weiter erwäge, daß ein großer Theil der Berechnungen auf den Manipulationen mit der Fünfpfennig-Zigarre als hauptsächlichen Konsumartikel beruht und daß gegen diese Manipulation sehr begründete Bedenken vorhanden sind; wenn ich weiter berücksichtige, daß die Ausgaben für Rohmaterial nicht ganz die Hälfte der Gesammtausgaben hier betragen, welche in Frankreich und Oesterreich zwei Drittel der Gesammtausgaben ausmachen; wenn ich die Einrichtungskosten ansehe, gegen die sich unzweifelhaft Einwendungen machen lassen; wenn ich bemerke, daß zwar die Beaufsichtigung des inländischen Tabaksbaues eine Million, aber für die Kosten, welche der Steuerverwaltung mehr erwachsen werden durch die ganze Aufsicht über das Tabakswesen im Inlande und dem ganz unzweifelhaft eintretenden Schmuggel, nur verhältnißmäßig wenig eingesetzt ist — dann muß ich doch sagen, daß mir diese Berechnung von vornherein einen sehr zweifelhaften Charakter zu haben scheint. Wenn ich sie aber mit der österreichischen und französischen Berechnung vergleiche, so komme ich zu einen wunderbaren Resultat. Nach den in der Vorlage zusammengestellten Ausgaben trifft auf den metrischen Zentner Fabrikat bei uns etwa 115 M., in Oesterreich 149,54 M. und in Frankreich 147,60 M. Nehmen Sie nun, daß bei uns die Verhältnisse deshalb noch viel ungünstiger sind, weil wir eine viel theurere Zigarrenfabrikation vorwiegend haben, so wird man schon durch diese Erwägung dahin kommen, daß irgendwo ein Fehler stecken muß. Die Aufgabe der Kommission wird in dieser Beziehung eine sehr zweifelhafte sein, denn man wird finden, daß man auf Grund der Ziffern, auf die Alles ankommt, zu einem bestimmten Resultat nicht kommt und das einzige Resultat wird sein, daß man zu der Einsicht kommen wird: was Gewisses kann man nicht sagen. (Heiterkeit.) Ob es auf dieser Grundlage der Mühe werth ist, die Sache in eine Kommission zu bringen, möchte ich doch bezweifeln. Daß das Monopol an und für sich den einheimischen Tabaksbau nicht besonders begünstigen kann, wenn es wirklich seinen Zweck verfolgen will, ist eine Thatsache, über die man in Frankreich keinen Augenblick im Zweifel ist. Für den Tabaksbau sieht der Herr Staatssekretär eine gewisse Garantie darin, daß nach diesem Gesetz mindestens zwei Fünftel der Fabrikate aus einheimischem Tabak genommen werden müssen. Die Garantie hat nur so lange Werth, als sie in dem Gesetz enthalten ist. Die Erfahrungen in Frankreich haben gezeigt, daß dort die früher allerdings viel weiter gehenden Erfordernisse allmählich herabgemindert sind, weil die Fabrikate nicht geraucht wurden und die Regie den bittersten Schaden hatte. Auch die Erfahrungen der anderen Monopolländer zeigen dasselbe Bild. Nun nehmen Sie die Bestimmungen der §§ 22, 23 und 24. Danach muß Jemand, der Tabak zum Zwecke der Ausfuhr bauen will, eine bestimmte Erlaubniß dazu einholen, also Anzeige machen. Wenn er in demselben Steuerbezirke auch Tabak für die Monopolverwaltung gebaut hat, so ist der auf sämmtlichen Grundstücken erzeugte Tabak der Einlösungskommission vorzuführen, welche aus der Gesammternte den Antheil der Monopolverwaltung vorweg nimmt und das übrige dem Export läßt. Das ist ein Geschäft für den Exporthandel, wie es komischer nicht gedacht werden kann. Die Monopolverwaltung nimmt das beste weg, das übrige soll der Export bekommen, aber dieser wird vielleicht auch einmal meinen, daß das, was für die Monopolverwaltung zu schlecht ist, für ihn gerade nicht das allerbeste sei. (Heiterkeit links.) Im § 19 heißt es: „Sollte der vorgeführte Tabak vollständig unbrauchbar befunden werden, so kann mit demselben nach § 24, Absatz 1, Ziffer 1—3, verfahren werden", das heißt, er kann auch zum Export benutzt werden. (Heiterkeit links.) Wer jetzt für den Händler baut, hat die Auswahl zwischen inländischem Konsum und Ausfuhr. Künftig hat, wer für die Ausfuhr baut, auch eine doppelte Auswahl: Ausfuhr oder Vernichtung. Bei solchen Chancen ist es ganz undenkbar, daß sich ein nennenswerther Export entwickelt, wenn dieser auf den Nullpunkt sinkt, muß sich die Monopolverwaltung einschränken und alle schönen Versprechungen helfen nichts. Nun, meine Herren, noch ein Wort über die Verfälschung. Ich habe einmal im Reichstage gesagt: „Wir wissen Alle, daß wir rauchen, wir wissen aber nicht, was wir rauchen." Ich habe mich über diesen Punkt näher unterrichtet und gefunden, daß ich damals falsch berichtet war, daß gerade in der Zigarrenfabrikation von Fälschung nicht die Rede sein kann. Unser früherer Reichstagskollege Fritzsche, bekanntlich selbst Zigarrenarbeiter und Herausgeber der Zeitschrift „Der Tabakarbeiter", hat mir dies nach seinen Erfahrungen versichert. Aber, meine Herren, der Begriff der Verfälschung ist ja eigentlich ein sehr weiter. Die schlimmsten Verfälschungen sind nicht die, mit gewissen landwirthschaftlichen Produkten gemachten, sondern die, welche mit ganz schlechten, unterwerthigen Tabaken gemacht werden. Der „Kehricht in den Ateliers", wie die Franzosen sagen, besteht auch aus Tabaksblättern, und wenn ich aus dieser Ertragsberechnung sehe, daß unsere Regie alle Abfälle der Zigarrenfabrikation beim Tabak verwenden will, so eröffnet das eine nicht sehr appetitliche Perspektive. (Heiterkeit.) Nun, meine Herren, komme ich zum Schluß, ich habe Sie jetzt lange genug aufgehalten. (Zuruf links: Nein!) Die Bedenken, welche ich vor allen diesen Fragen gegen das Monopol als solches habe, sind vorwiegend politische. Ein sehr erhebliches Moment ist die Vermehrung der von der Regierung abhängigen Beamten. (Sehr wahr! links.) „Es liegt ganz gewiß ein Körnchen Wahrheit in der Bemerkung des Herrn Staatssekretärs, daß solche Einwendungen eigentlich gegen das ganze Beamtenwahlrecht gerichtet seien. Würde die Beamtenzahl in Deutschland so groß, daß sie bedeutend ins Gewicht fiele, muß man unzweifelhaft der Frage des Beamtenwahlrechts näher treten. Ein Volk, welches zum großen Theil aus Leuten besteht, die direkt oder indirekt von der Regierung abhängen, wäre gar nicht fähig, eine konstitutionelle Verfassung zu haben. Ich komme zu dem Hauptgrund, der, so weit man Erklärungen abgeben kann, diese Frage des Tabaksmonopols vollständig beseitigen soll, zu den nie genug zu betonenden Störungen im Gewerbsleben der deutschen Nation, welche durch dasselbe hervorgerufen werden. Man spricht von der Tabaksindustrie mit einer gewissen Leichtigkeit, sie gehört aber nach der Stärke der in ihr engagirten Kapitalien, nach der Zahl der in ihr beschäftigten Arbeiter mit zu den stärksten Industrien Deutschlands. Selbst die Eisenindustrie ist nicht so weit in der Arbeiterzahl und in ihrer ganzen Entwicklung, da die Verhältnisse wesentlich andere sind. Wenn Sie diese Industrie mit einem Schlage todt machen, so entstehen Verhältnisse, über die wir uns im Augenblick noch keine Rechenschaft geben können. Nun werden sich diese Dinge vielleicht in nicht allzu ferner Zeit ausgleichen, schwere wirthschaftliche Kalamitäten schleppen sich Jahre, vielleicht Jahrzehnte fort, schließlich wächst über Alles Gras. Aber wir haben keinen Beruf, Jemand unter dieses Gras zu legen, der bei gesundem Leibe ist. Ich kann bezüglich der Störungen im Gewerbsleben noch auf einen Umstand aufmerksam machen: die Ausstände und Hypotheken. Die Fabriken, welche in den einzelnen Orten zu einem gewiß nicht unbedeutenden Theil mit fremdem Geld angelegt sind und von der Monopolverwaltung nicht gekauft werden, liegen nahezu werthlos da und die Besitzer können sehen, wie sie zu ihrem Gelde kommen. Der Abg. Hobrecht hat bereits hervorgehoben, daß in der Tabaksindustrie die Aktien-Gesellschaften gar keine Rolle gespielt hätten und daß es kaum eine Industrie gäbe, wo Geschäftserfahrung und Tüchtigkeit des Leiters so nothwendig sei wie in der Tabaksindustrie. Das hat sich in Oesterreich, in Frankreich gezeigt, dort ist man sogar im Begriff, eine ganz neue technische Ausbildung für die Sache zu schaffen. Bei uns besteht eine ganz entgegengesetzte Tendenz, wie wir sie alle an dem Musterinstitut in Straßburg sehen. (Heiterkeit.) Man sagt, warum soll das, was ein Tabaksfabrikant in seinem halben Leben gelernt hat, nicht ein aufgeweckter gescheiter junger Mann (Heiterkeit) in ein oder zwei Jahren auch erlernen können? Wir bekommen dann eine bureaukratische Leitung des Ganzen, wie sie in keinem Staat existirt. Der Abg. Windthorst hat heute mit vollem Recht gesagt, wir bekommen mit diesen Monopolen, wie sie da kommen und noch in der Luft schweben, eine Eigenthümlichkeit hinzu: den sozialen Staat. Jawohl, meine Herren, den sozialen Staat von ganz eigenthümlicher Konstruktion, den Polizei-Sozialismus, wie der Abgeordnete von Bennigsen sich ausgedrückt. Sie verbreiten mit solchen Maßnahmen immer mehr den Glauben, daß Sie von oben herab durch die Polizei Alles machen können. Die Unzufriedenheit, welche jetzt in fast allen Gewerbsständen in einer vor Kurzem noch ganz unbekannten Weise herrscht, diese Unzufriedenheit wird systematisch genährt (Sehr wahr! links), und zwar nicht von unten. Man sagt den Leuten: die wirthschaftliche Gesetzgebung eines ganzen Menschenalters hat zu Eurem Schaden bis jetzt gewährt, Ihr müßt Euch regen. Man erregt in allen Berufsständen Hoffnungen und Erwartungen, welche nach meinem Dafürhalten nicht erfüllt werden können, und dabei legt man die Axt an die Stabilität unserer wirthschaftlichen Einrichtungen mit Gesetzentwürfen, wie der voliegende, wie es in nicht gefährlicherer Weise gedacht werden kann. (Sehr wahr! links.) Es ist von Seiten eines Regierungskommissars gesagt worden: Ein Eigenthum an die individuelle Arbeitskraft existirt nicht, etwas anderes ist es mit dem Eigenthum an Grund und Boden. Glauben Sie, daß wenn Sie in dieser und allernächster Zeit ... greifen und eine solche Ansicht aufstellen, [illegible] Sie wach gerufen, Halt macht vor Grund und Boden? (Sehr wahr! links.) Das ist ein Aberglauben der allerbedenklichsten Art. (Lebhafter Beifall links.) Es wird Ihnen wie dem Zauberlehrling von Göthe gehen, Sie werden die Helfer nicht mehr los werden können, und deshalb stimmen Sie möglichst einstimmig gegen dieses Gesetz. (Lebhafter Beifall links.)

(Schluß folgt im Abendblatte.)

Telegraphische Nachrichten.

Nachts 12 Uhr empfingen wir folgende Privat-Depeschen:

1. **Berlin**, 12. Mai. Die Hygieine-Ausstellung brennt seit 5 Uhr. Alles ist rettungslos verloren.

2. In der Hygieine-Ausstellung (bei Moabit), deren Eröffnung nächsten Dienstag bevorstand, brach Abends Feuer aus, welches vom starken Winde angefacht, das aus Holz konstruirte Hauptgebäude binnen kurzer Zeit in Asche legte. Sehr viele Ausstellungsgegenstände sind mit verbrannt. Der Schaden ist noch nicht festzustellen.

Der Kaiser ist auf der Brandstätte anwesend.

3. Das Feuer brach in der Küche des Restaurateurs Bauer aus, vierzehn Menschenleben sind zu beklagen. (Wiederholt.)

Berlin, 12. Mai, 11 Uhr 30 Min. Nachts. Die Ursache des Ausbruchs des Feuers ist noch nicht festgestellt. Ein Gerücht spricht auch von einer Gasexplosion. Das Feuer begann auf der Südseite, in der Nähe des Restaurationslokales der Ausstellung. Die Einschränkung des Feuerheerdes scheint zu glücken. Einzelne Ausstellungspavillons sowie die Ausstellungsräume, die unter den Stadtbahnbögen befindlich, sind von dem Feuer bis jetzt nicht zerstört. Unglücksfälle sind noch nicht konstatirt. Die Ausstellungsakten sollen gerettet sein. Das Versicherungsrisiko ist sehr getheilt; betheiligt sind die Transatlantische Versicherungs-Gesellschaft zu Hamburg, die „Union" in Berlin, die Lübecker, die Preußische in Berlin, die Elberfelder, die Baseler, die „Thuringia" in Erfurt, die Westdeutsche in Essen und die Schlesische Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Karlsruhe, 12. Mai. Der Großherzog ist, von der Frau Großherzogin begleitet, heute Nachmittag 2½ Uhr hierher zurückgekehrt. Der Großherzog wurde auf dem Bahnhofe von den Mitgliedern des großherzoglichen Hauses und den Spitzen der Behörden empfangen und begab sich von da in offenem Wagen nach dem Residenzschloß, auf dem ganzen Wege von dichtgedrängten Menschenmassen mit freudigen Zurufen begrüßt.

Straßburg i. E., 12. Mai. Die „Elsaß-Lothring. Zeit." veröffentlicht einen Erlaß des Statthalters, laut welchem der neugebildete Oberschulrath mit dem 15. Mai ins Leben tritt. Gleichzeitig erfolgt die Ernennung des Direktors und der Oberschulräthe, sowie die Berufung der außerordentlichen Mitglieder, letzterer zunächst auf ein Jahr.

Wien, 12. Mai. Das Abgeordnetenhaus nahm in dritter Lesung die Zolltarifvorlage an. Die Vorlage, betreffend den Pazifikationskredit wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen, nachdem der Finanzminister die Annahme befürwortet hatte und der Antrag Wolfrum's, den Kredit durch vollständige Veräußerung der Zentralaktiven zu bedecken, mit 167 gegen 111 Stimmen abgelehnt worden war. Auch die österreichisch-serbische Schifffahrts-Konvention fand die Genehmigung des Hauses.

Wien, 12. Mai. Die Minister Graf Taaffe, Kalnoky, Szlavy, Bylandt-Rheydt und Welsersheimb begeben sich heute nach Pest.

Anläßlich der Rückkehr des Fürsten von Bulgarien nach Sofia werden nach einer Meldung der „Polit. Korresp." große Ergebenheits-Kundgebungen für denselben vorbereitet. Nach Mittheilungen, die aus Petersburg n Sofia eingegangen sind, hatte Kaiser Alexander dem Fürsten von Bulgarien versichert, daß er für keinerlei Versuche, den Fürsten bei ihm zu verdächtigen, zugänglich sei.

Wien, 11. Mai. [Ringtheater-Prozeß.] Heute begannen die Plaidoyers, der Staatsanwalt hielt die Anklage gegen sämmtliche Angeklagte aufrecht. Nach ihm plaidirte der Vertheidiger des Theaterdirektors Jauner.

Pest, 12. Mai. Das Unterhaus hat den ganzen Zolltarif unverändert angenommen.

London, 11. Mai. [Unterhaus.] Der Staatssekretär des Innern, Harcourt, legte den Gesetzentwurf, betreffend die Unterdrückung der Verbrechen in Irland, vor und fügte hinzu, der Gesetzentwurf, betreffend die Regelung der Frage des rückständigen Pachtzinses, werde demnächst vorgelegt werden. Northcote erklärte, die Opposition wolle der Regierung ihren vollen Beistand leihen, aber die Verantwortlichkeit für die Handhabung der Bill müsse der Regierung bleiben. Forster billigte den Gesetzentwurf. Parnell und Dillon beklagen lebhaft den strengen Charakter der Bill, welche noch vollständiger fehlschlagen werde, als das gegenwärtige Zwangsgesetz. Die Bill wurde schließlich in erster Lesung mit 327 gegen 22 Stimmen angenommen. Die Sitzung wurde hierauf vertagt.

London, 12. Mai. [Unterhaus.] Vor der Berathung der neuen Bill zur Unterdrückung der Verbrechen in Irland erwiederte der Unterstaatssekretär Dilke auf eine Anfrage des Deputirten Wolff, zwischen den Regierungen Englands und Frankreichs seien heute Mittheilungen über die Lage der Dinge in Egypten ausgetauscht worden. Den Hauptgegenstand derselben für die englische Regierung bildete selbstverständlich der Schutz für Leben und Eigenthum englischer Unterthanen in Egypten. Bis jetzt habe der englische Generalkonsul in Kairo noch keinen Beistand verlangt. Die Regierung habe die Pforte und die übrigen Mächte von den getroffenen Maßregeln in [illegible]ß gesetzt.

London, 12. Mai. Campbell Bannerman ist zum Sekretär der Admiralität und Courtney zum Sekretär des Schatzamtes ernannt worden.

Die Morgenblätter sprechen mehr oder weniger ihre Befriedigung über die neue Zwangsbill aus. Die „Times" acceptirt dieselbe als eine entschlossene muthvolle Anstrengung zur Herstellung der Achtung vor dem Gesetze in Irland und zur Verhinderung solcher Verbrechen, wie der Mord im Phönix-Park.

Der „Daile Telegraph" erfährt, die Großmächte erwägen den Vorschlag der Pforte, eine genügende Anzahl türkischer Truppen nach Egypten zu entsenden, um die Ordnung aufrechtzuhalten.

Kairo, 11. Mai. Die Beziehungen des englischen und des französischen Generalkontroleurs zu dem egyptischen Ministerium sind abgebrochen. Die Generalkontroleure wohnten dem heute Nachmittag abgehaltenen gewöhnlichen Kabinetsrathe nicht bei, obgleich sie von ihren Regierungen noch keine Instruktionen erhalten hatten. Die diplomatischen Agenten Frankreichs und Englands erwarten ihre Instruktionen ebenfalls noch. Man meint, die egyptischen Minister rechneten darauf, daß es unmöglich sei, eine Verständigung zwischen den europäischen Mächten und der Pforte zu erzielen und hegten das Vertrauen, daß die Notabelnkammer ihr Vorgehen gutheißen werde. Dies wird jedoch in diplomatischen Kreisen als zweifelhaft angesehen, wenn nicht etwa die Notabelnkammer durch die Armee eingeschüchtert worden sei. Die Minister sollen ihre Taktik geändert haben. Nachdem sie sich der Intervention der Türkei offen widersetzt und den Khedive beschuldigt hatten, die Rechte, welche Egypten durch die verschiedenen Firmans der Pforte erlangt hat, Preis zu geben, sollen sie jetzt vorschlagen, von der Notabelnkammer zu verlangen, daß diese an den Sultan wegen der Unfähigkeit des Khedive zu regieren, eine Petition richte.

Kairo, 12. Mai. Der Präsident der Notabelnkammer und eine große Anzahl von den Mitgliedern der letzteren ist hier eingetroffen. Der Präsident soll erklärt haben, die Kammer werde nicht zusammentreten, es sei denn, daß dieselbe legal einberufen sei. Von den Notabeln heißt es, daß sie fast sämmtlich dem Vorgehen des Kabinets abgeneigt seien. Arabi Pascha wird die Absicht zugeschrieben, im Falle einer türkischen Intervention sich mit den Truppen in die Citadelle von Kairo zurückzuziehen und die angesehensten türkischen Paschas als Geißeln mit sich zu nehmen. Der Chef des Generalstabs Stone Pascha hat seine Entlassung eingereicht.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am	12.	Mai	Morgens	0,70 Meter.
" "	12.	"	Mittags	0,70 "
" "	13.	"	Morgens	0,74 "

Produkten-Börse.

Berlin, 12. Mai. Wind: NW. Wetter: Veränderlich.

Das unverändert günstige Wetter hat auf den heutigen Verkehr nicht weiter verflauend gewirkt, weil die auswärtigen Märkte auf die hiesige Flaue nicht entsprechend reagirten.

Loko=Weizen still. Von Terminen waren diejenigen alter Ernte besser beachtet und mußten diese auch theurer bezahlt werden, weil die höheren New=Yorker Notirungen Abgeber vorsichtiger machten. Juli=August und Herbst haben keine Veränderung erfahren.

Loko=Roggen ging zu schwach behaupteten Preisen mäßig um. Der Terminhandel verlief nicht gerade lebhaft. Nahe Sichten wurden zu eher etwas billigeren Preisen von der Platzspekulation in Deckung genommen, dagegen aber meist spätere Lieferung zu gestrigen Kursen gegeben.

Loko=Hafer wenig verändert. Von Terminen waren nahe fest, spätere matt. Roggenmehl behauptet. Mais loko wenig verändert. Lieferung nahe Sicht matt, spätere fester. Rüböl ging zu behaupteten Preisen wenig um.

Petroleum bei ruhigem Geschäft eher theurer. Spiritus in effektiver Waare billiger, wurde auch auf Termine etwas niedriger verkauft, schloß aber eher fester.

Weizen per 1000 Kilo loko 205—235 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmeld. — bezahlt, defekter Polnischer — M. ab Bahn, per Mai 227½—228½ Mark bezahlt, per Mai=Juni 218—218½ M. bez., per Juni=Juli 212—213—212½ bez., per Juli=Aug. 206—206½—206 M. bez., per Sept.=Okt. 204—203½ M. bez. — Gekündigt 13,000 Ztr. Regulirungspreis 228 Mark. — Roggen per 1000 Kilo loko 143 bis 162 M. nach Qualität gefordert, inländ 153—160 M. ab Bahn bezahlt, hochfeiner do. — M. a. Bahn bez., def. polnischer — Mark ab Bahn bezahlt, def. russischer — Mark ab B. bezahlt, russischer polnischer und galizischer 144—145 Mark ab Bahn bezahlt, per Mai 150½—151—150½ M. bezahlt, per Mai=Juni 149½—147 M. bez. per Juni=Juli 144½—145½—145 bez., per Juli=Aug. 143½—144½—144½ bez., per Sept.=Oktober 143½—144½—144 M. bez. — Gek. 13,000 Ztr. Regulirungspreis 150½ M. — Gerste per 1000 Kilo loko 125—200 Mark nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 125 bis 170 Mark nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 126 bis 147 bezahlt, ost= und westpreußischer 138 bis 147 bezahlt, pommerscher und Uckermärker 130 bis 145 bezahlt, schlesischer 145 bis 157 bezahlt, f. do. 158—162 bezahlt, böhmischer 145—157 bezahlt, f. do. 158—162 M. bezahlt, fein weiß mecklenburgischer — ab Bahn bezahlt, per Mai 138½ bis — Mark bezahlt, per Mai=Juni 135—135½ Mark bezahlt, per Juni=Juli 135—135½ M. bez., per Juli=August 135½ M. bezahlt. — Gekündigt 5000 Zentner. Regulirungspreis 135½ Mark. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 158 bis 200 Mark. Futterwaare 140 bis 156 Mark. — Mais per 1000 Kilo loko —,— M. nach Qualität gefordert, per Mai 144 Mark bezahlt, per Mai=Juni 144 Mark bezahlt, per Juni=Juli 143 Mark bezahlt, per September=Oktober 139½ M. bezahlt. Gekündigt 9000 Zentner. Regulirungspreis 144 Mark. — Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto 00: 32,00 bis 30,50 Mark, 0: 29,50 bis 28,50 M., 0/1 28,50 bis 27,50 Mark. — Roggenmehl inkl. Sack 0: 23,75—22,75 M., 0/1: 22,23—21,25 M., per Mai 21,50—21,40 M. bezahlt, per Mai=Juni 21,00—20,95 M. bezahlt, per Juni=Juli 20,75—20,70 Mark bez., per Juli=August 20,50—20,45 M. bezahlt, per Aug.=Sept. — M. bez., per Sept.=Okt. 20,30—20,20—20,25 M. bez. — Gek. — Ztr. Regulirungspreis — M. Oelsaat per 1000 Kilo — M., Winterraps — M., Winterrübsen — M. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Faß 55,5 M. bez., loko mit Faß 55,8 M. bez., per Mai 56,0 bis — M. bez., per Mai=Juni 55,9—55,8—55,9 bez., per Juni=Juli — M., per Juli August — Mark bez., Sept.=Oktober 55,1 bis — M. bez., per Oktober=November 55,2 Mark bez. Gekündigt — Ztr Regulirungspreis — Mark. — Leinöl per 100 Kilo loko — Mark. — Petroleum per 100 Kilo loko 23,5 Mark, per Mai 23,2 M. bezahlt, per Mai=Juni —,— bezahlt, per Juni=Juli —,— bez., per September=Oktober 23,7 bis — bez. Gek. — Zent. — Regulirungspreis — M. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Faß 45,7 M. bez., mit Faß — M. bezahlt. per Mai 47,1—46,9—47,0 M. bez., per Mai=Juni 47,1—46,9—47,0 M. bez., per Juni=Juli 47,3—47,2—47,3 M. bez., Juli=August 48,2—48,1—48,2 M. bez., August=Sept. 48,7—48,6—48,7 bez., Sept.=Oktober 48,7 bis — bez., September — bez. — Gekündigt 140,000 Liter. Regulirungspreis 47,1 Mark. (B. B.=Z.)

Breslau, 12. Mai. (Amtlicher Produkten=Börsen=Bericht.)

Roggen: (per 2000 Pfd.) niedriger. Gek. 1000 Ct., Abgelaufene Kündigungs.=Scheine per Mai 140 bez., per Mai=Juni 140 bez., per Juni=Juli 140—139,50 bez. u. Gd., per Juli=August 141 bez., per September=Oktober 142 Brief, per Oktober=November 142 bez. — Weizen Gekündigt —,— Centner, per Mai 216 Gd. — Hafer Gekündigt — Centner, per Mai 132 bez., per Mai=Juni 132 Br., per Juni=Juli 132 Br., per September=Oktober 124,25 Br. — Raps Gekünd. — Ctr., per Mai 270 Br. — Rüböl wenig veränd. Gek. — Ctr., loko 58 Br., per Mai 56,50 bez., per Mai=Juni 56,50 Br., per Septemb.=Oktober 55 Br., per Oktober=November 55,50 Br. — Petroleum per 50 Kg. loco 12,75 Br., per Mai 12,75 Br., per November=Dez. 14,25 Br., per Dezember=Januar 14,50 Br. — Spiritus matter. Gek. 10,000 Liter, per Mai 45,60 bez., per Mai=Juni 45,60—45,70 bez., per Juni=Juli 46,20 Gd., per Juli=August 47 bez., per August=September 47,20 Gd., per September=Oktober 47,20 Gd., per Oktober=November 47 Br., per November=Dezember 46,50 Br.

Zink ohne Umsatz. Die Börsen=Kommission.

Berlin, 12. Mai. Das heutige Geschäft nahm zeitweise einen sehr erregten Charakter an und die Hausse in den einheimischen Eisenbahn=Aktien dauerte an. Im Vordergrunde des Verkehrs standen wiederum die Aktien der Marienburg=Mlawkaer Bahn, die sofort nach Beginn des offiziellen Geschäfts um 3—4 pCt. den Kurs erhöhte. Eine ähnliche Kurssteigerung erfuhren auch die Aktien der ostpreußischen Südbahn, obschon beide Bahn=Unternehmungen keineswegs nach gleichem Maß gemessen werden dürften. Abes es zeigte sich auch hier für alle übrigen Bahnaktien mit Ausschluß der österreichischen Eisenbahn=Aktien sehr lebhafte Nachfrage, so daß alle diese Werthe mehr oder weniger große Kurserhöhungen durchzusetzen vermochten. Zu den bevorzugten Devisen zählten Freiburger, Mainzer, Rechte Oder=Ufer und verschiedene schweizerische Bahnaktien. In letzteren fanden umfangreiche Umsätze auch im freien Verkehr zu lebhaft steigendem Konsum statt. Für sämmtliche Stammprioritätsaktien zeigte sich ebenfalls sehr reger Begehr und sind auch hier im Allgemeinen vielfache Kurserhöhungen zu verzeichnen. Obschon auf den anderen Gebieten der geschäftlichen Thätigkeit gleichfalls eine sehr feste Tendenz Platz gegriffen hatte, blieb doch der Umfang des Geschäfts in sehr eng bemessenen Grenzen. Nur die Hauptspekulations=Devisen betheiligten sich etwas lebhafter am Verkehr. Besonders waren Diskonto=Kommandit, Deutsche Bank und Darmstädter Bank begehrt. Montanwerthe blieben fast ganz vernachlässigt, konnten sich aber auf ihrem bisherigen Kursstande behaupten. Auswärtige Staatsanleihen zogen etwas an bei mäßigen Umsätzen. 4prozentige ungarische Rente erwies sich als bevorzugt. Anlagewerthe waren fast ganz geschäftslos. — Per ultimo notiren: Franzosen 575—574,50 bis 577—576,50, Lombarden 254,50—255, Kredit=Aktien 587—594 bis 593,50, Wiener Bankverein 204 Gd., Darmstädter Bank 164,25—163,90 bis 165,50—165,40, Diskonto=Kommandit=Antheile 214,25—214,10 bis 216,10, Deutsche Bank 157—156,80—157,40—157,10, Dortmunder Union 93—93,25, Laurahütte 114,25—114,50—114,30. Der Schluß war fest. — Privatdiskont — pCt.

Fonds= u. Aktien=Börse.

Berlin, den 12. Mai 1882.

Preußische Fonds= und Geld=Course.

Preuß. Consl. Anl.	4½	104,75 bz
do. neue 1876	4	101,90 B
Staats=Anleihe	4	100,90 bz
Staats=Schuldsch.	3½	99,00 bz
Od.=Deichb.=Obl.	4½	
Berl. Stadt=Obl.	4½	102,60 G
do. do.	3½	95,70 bz
Schldv. d. B. Kfm.	4½	
Pfandbriefe:		
Berliner	5	108,25 bz
do.	4½	104,80 bz
Landsch. Central	4	101,00 bz
Kur= u. Neumärk.	3½	95,75 bz
do. neue	3½	91,50 G
do.	4	101,40 bz
do. neue	4½	
R. Brandbg. Kred.	4	
Ostpreußische	3½	91,25 G
do.	4	100,50 G
do.	4	
Westpr. rittersch.	3½	91,25 G
do.	4	100,80 G
do. I. B.	4	100,60 bzG
do. II. Serie	4½	103,60 bz
Neuldsch. II. Serie	4	100,40 bz
do. do.	4½	103,60 bz
Posensche, neue	4	100,60 B
Sächsische	4	
Pommersche	3½	91,25 G
do.	4	100,90 B
do.	4½	102,50 B
Schlesische altl.	3½	93,50 B
do. alte A.	4	
do. neue I.	4	
Rentenbriefe:		
Kur= u. Neumärk.	4	100,60 G
Pommersche	4	100,60 G
Posensche	4	100,60 G
Preußische	4	100,60 G
Rhein= u. Westfäl.	4	100,70 bz
Sächsische	4	100,70 G
Schlesische	4	100,70 G
20=Frankstücke		16,23 bzG
do. 500 Gr.		
Dollars		4,22 G
Imperials		
do. 500 Gr.		13,97 G
Engl. Banknoten		20,48 bz
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		81,25 bz
Oesterr. Banknot.		170,50 bz
do. Silbergulden		
Russ. Noten 100 Rbl		206,90 bz
Deutsche Fonds.		
Dtsch. Reichs=Anl.	4	101,75 bz
P.=A. v. 55 a 100 Th.	3½	143,80 G
Hess. Prsch. a 40 Th.	—	310,75 B
Bad. Pr.=A. v. 67.	4	132,75 bzG
do. 35 fl. Oblig.	—	210,50 bz
Bair. Präm.=Anl.	4	134,20 bz
Braunsch. 20 thl.=L.	—	99,50 G
Brem. Anl. v. 1874	4	101,10 G
Cöln=Md=Pr.=Anl.	3½	128,75 B
Dess. St.=Pr.=Anl.	3½	125,50 bz
Goth. Pr.=Pfdbr.	5	121,25 bz
do. II Abth.	5	118,10 bzB
Hamb. 50=Thlr.=L.	3	187,00 bz
Lübecker Pr.=Anl.	3½	18 2,3 bz
Mecklb. Eisenbhanl.	3½	94,30 bz
Meininger Loose	—	27,20 G
do. Pr.=Pfdbr.	4	117,75 G
Oldenburger Loose	3	149,25 G
D.=G.=C.=B=Pf. 110	5	108,80 G
do. do.	4	96,10 bzG
Dtsch. Hypoth. unk.	5	105,00 G
do. do.	4½	102,30 bz
Mein. Hyp.=Pf.	4½	100,75 G
Nrdd. Grdkr.=H.=A.	5	100,10 G
Pomm Hyp.=Pfdbr.		

Pomm. H.=B. I. 120	5	105,00 G
do. II. IV. 110	5	102,25 B
Pomm. III. rkz. 100	5	99,75 bz
Pr. C.=B.=H.=Br. rz.		
do. do. 110	5	113,50 G
do. do. 110	4½	108,00 bz
Pr. C.=B.=Pfdbr. 100	5	104,70 B
do. do. rückz. 100	4½	104,20 bz
do (1872 u. 74)	4	99,25 bzG
do. (1872 u. 73)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.=A.=B. 120	4½	103,10 bz
do. II. rckz. 100	5	100,30 bzG
Schles. Bod.=Cred.	5	102,25 bzG
do. do.	4½	106,40 G
Stettiner Nat.=Hyp.	5	101,00 bzG
do. do.	4½	102,75 bzG
Kruppsche Obligat.	5	110,75 B

Ausländische Fonds.

Amerik. gel. 1881	6	
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	
Norweger Anleihe	4½	
Newyork. Std.=Anl.	6	127,60 bzG
Oesterr. Goldrente	4	80,90 bz
do. Pap.=Rente	4½	65,20 bz
do. Silber=Rente	4½	66,00 B
do. 250 fl. 1854	4	
do. Cr. 100 fl. 1858	—	333,50 G
do. Lott.=A. v. 1860	5	124,00 B
do. do. v. 1864	—	336,00 bzG
Ungar. Goldrente	6	102,30 bzB
do. St.=Eisb. Akt.	5	95,50 bz
do. Loose	—	228,10 bzG
Italienische Rente	5	89,75 bz
do. Tab.=Oblg.	6	
Rumänier	8	
Finnische Loose	—	49,60 bzG
Russ. Centr.=Bod.	5	
do. Boden=Credit	5	82,50 bzG
do Engl. A. 1822	5	
do. do. A. v. 1862	5	85,00 G
Russ. fund. A. 1870	5	
Russ. cons. A. 1871	5	86,00 bz
do. do. 1872	5	86,00 bz
do. do. 1875	4½	76,90 B
do. do. 1877	5	88,90 bz
do. do. 1880	4	71,20 bzG
do. Pr.=A. v. 1864	5	140,25 bzG
do. do. v. 1866	5	136,00 bz
do. 5. A. Stiegl.	5	
do. 6. do. do.	5	81,50 B
do. Pol. Sch.=Obl.	4	81,50 bz
do. do. kleine	4	
Poln. Pfandbr.	5	63,75 G
do. do.	5	
do. Liquidat.	4	54,80 bz
Türk. Anl. v. 1865	—	13,80 bz
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	

*) Wechsel=Course

Amsterd. 100 fl. 8 T.	
do. 100 fl. 2 M.	
London 1 Lstr. 8 T.	
do. do. 3 M.	
Paris 100 Fr. 8 T.	
Blg. Bkpl. 100 F. 8 T.	
do. do. 100 F. 2 M.	
Wien öst. Währ. 8 T.	170,40 bz
Wien. öst. Währ. 2 M.	169,50 bz
Petersb. 100 R. 8 W.	205,80 bz
do. 100 R. 3 M.	204,60 bz
Warschau 100 R 8 T.	206,40 bz

*) Zinsfuß der Reichs=Bank für Wechsel 4, für Lombard 5 pCt., Bankdiskonto in Amsterdam 5. Bremen —, Brüssel 4½, Frankfurt a. M. 4½, Hamburg —, Leipzig —, London 3, Paris 3½, Petersburg 6. Wien 4 pCt.

Bank= u. Kredit=Aktien.

Badische Bank	4	116,00 G
Bk. f. Rheinl. u. Westf	4	40,10 bz
Bk. f. Sprit= u. Pr.=H.	4	84,10 bzG
Berl. Handels=Ges.	4	111,50 bzG
do. Kassen=Verein.	4	199,25 G
Breslauer Disk.=Bk.	4	90,50 bzG
Centralbk. f. B.	4	
Centralbk. f. J. u. H.		
Coburger Credit=B.	4	85,75 bz
Cöln. Wechslerbank	4	95,75 bz
Danziger Privatb.	4	110,00 G
Darmstädter Bank	4	164,40 bzG
do. Zettelbank	4	109,00 B
Dessauer Creditb.	4	101,50 B
do. Landesbank	4	120,00 bz
Deutsche Bank	4	156,70 bz
do. Genossensch.	4	129,00 B
do. Hyp.=Bank.	4	87,10 bzG
do. Reichsbank.	4½	149,00 G
Disconto=Comm.	4	215,10 bz
Geraer Bank	4	97,25 bz
[illegible]	4	91,00 G
[illegible]		[illegible] G
do. Grundkredb.	4	88,50 bzB
Hypothek (Hübner)	4	
Königsb. Vereinsb.	4	94,00 bzG
Leipziger Creditb.	4	159,00 bzB
do. Discontob.	4	113,00 bzG
Magdeb. Privatb.	4	117,00 bz
Mecklb. Bodencred.	4	
do. Hypoth.=B.	fr.	95,00 B
Meining. Creditbk.	4	93,25 G
do. Hypothekenbk.	4	91,50 B
Niederlausitzer Bank	4	94,00 bzB
Norddeutsche Bank	4	171,10 G
Nordd. Grundkredit	4	49,50 bzG
Oesterr. Kredit	4	
Petersb. Intern. Bk.	4	94,25 G
Posen. Landwirthsch	4	75,50 G
Posener Prov.=Bank	4	117,00 bz
Posener Spritaktien	4	69,00 bz
Preuß. Bank=Anth.	4½	
do. Bodenkredit	4	111,75 bzG
do. Centralbdn.	4	124,00 bzB
do. Hyp.=Spielh.	4	81,00 bz
Produkt.=Handelsbk	4	76,00 B
Sächsische Bank	4	122,75 B
Schaaffhaus. Bankv.	4	86,20 bzG
Schles. Bankverein	4	109,25 B
Südd. Bodenkredit	4	131,10 G

Industrie=Aktien.

Brauerei Patzenhof.	4	206,00 G
Dannenb. Kattun.	4	
Deutsche Baugesl.	4	59,50 G
Dtsch. Eisenb.=Bau	4	
Dtsch. Stahl= u. Eis.	4	
Donnersmarckhütte	4	58,50 bzG
Dortmunder Union	4	12,25 G
Egells Masch.=Akt.	4	7,25 bzG
Erdmannsd. Spinn.	4	
Floraf. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Näh.	4	85,00 bzG
Gelsenkirch.=Bergw.	4	123,00 bzG
Georg=Marienhütte	4	90,00 B
Hibernia u. Shamr.	4	82,50 bzG
Immobilien (Berl.)	4	83,00 G
Kramsta, Leinen=F.	4	94,70 G
Lauchhammer	4	27,00 bzG
Laurahütte	4	113,90 bz
Luise Tiefb.=Bergw.	4	33,25 bz
Magdeburg. Bergw.	4	109,00 G
Marienhüt. Bergw.	4	44,00 B
Menden u. Schw.=B.	4	61,00 B
Oberschl. Eis.=Bed.		47,25 B
Oelheim. Petrol.=A.	4	89,25 bz
Phönix B.=A. Lit. A	4	82,50 G
Phönix B.=A. Lit. B.	4	
Redenhütte conf.	4	95,25 bzG
Rhein.=Nass. Bergw.	4	68,50 bzG
Rhein.=Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	22,00 B
Unter den Linden	4	11,90 G
Wöhlert Maschinen	4	14,00 bz

Eisenbahn=Stamm=Aktien.

Aachen=Mastricht	4	52,90 bz
Altona=Kiel	4	218,25 bz
Bergisch=Märkische	4	125,80 bzG
Berlin=Anhalt	4	151,70 bzG
Berlin=Dresden	4	17,25 B
Berlin=Görlitz	4	36,00 bzG
Berlin=Hamburg	4	362,00 bz
Bresl.=Schw.=Frbg	4	104,50 bz
Hall.=Sorau=Guben	4	19,50 bzB
Märkisch=Posener	4	37,75 bzG
Magdeburg=Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Nordhausen=Erfurt	4	29,40 bz
Oberschl. Lit. A u. C.	3½	249,00 bzB
do. Lit. B.	3½	189,00 bzG
Ostpreuß. Südbahn	4	79,00 bzG
Rechte Oderuferb.	4	180,75 bzG
Rhein=Nahebahn	4	18,90 bzG
Stargard=Posen	4½	102,90 bz
Thüringische	4	214,75 bzG
do. Lit. B. v. St. gar.	4	101,50 B
do. Lit. C. v. St. gar.	4½	114,00 bzB
Ludwigsh.=Berbach	4	205,50 bzG
Mainz=Ludwigsh.	4	103,90 bzG
Weimar=Geraer	4½	49,90 bzB
Albrechtsbahn	5	36,40 bzG
Amsterd.=Rotterd.	4	147,00 bzG
Aussig=Teplitz	4	262,50 G
Böhm. Westbahn	5	132,60 bzG
Brest=Grajewo	5	
Dux=Bodenbach	4	143,60 bzG
Elisabeth=Westbahn	5	90,60 bzB
Kais. Franz Joseph	5	83,90 bzG
Gal. (Karl Ludwig.)	5	133,30 bz
Gotthard=Bahn 90%	6	
Kaschau=Oderberg	4	63,75 bzG
Lüttich=Limburg	4	12,25 G
Oestr.=frz. Staatsb.	4	
do. Nordw.=B.	5	355,10 G
do. Litt. B. Elb.	4	
Reichenb.=Pardubitz	4½	65,50 bzB
Kronpr. Rud.=Bahn	5	71,20 bz
Rjask=Wjas	5	
Rumänier	3½	59,00 G
do. Certifikate	4	
Russ. Staatsbahn	5	131,50 bzG
do. Südwestbahn	5	61,10 bz
Schweizer Unionb.	4	48,90 bzG
Schweizer Westbahn	4	33,50 bzG
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau=Prag	4	142,10 bzG
Warschau=Wien	4	291,50 G

Eisenbahn=Stammprioritäten.

Berlin=Dresden	5	43,40 bzG
Berlin=Görlitzer	5	100,30 bzG
Halle=Sorau=Gub.	5	81,75 bzG
Märkisch=Posen	5	120,40 bzG
Marienb.=Mlawka	5	112,80 bzG
Münster=Enschede	5	123,75 bzG
Nordhausen=Erfurt	5	99,00 bzB
Oberlausitzer	5	56,70 bzG
Oels=Gnesen	5	57,00 bzG
Ostpreuß. Südbahn	5	106,40 bzG
Posen=Kreuzburg	5	77,00 bzG
Rechte Oderuf.=Bahn	5	178,50 bzG
Rumänische	5	
Saalbahn		76,30 bzG
Saal=Unstrutbahn	3	
Tilsit=Insterburg	5	83,25 bz
Weimar=Geraer	5	40,50 bzG

Staatsbahn=Aktien.

Brl.=Potsd.=Magd.	4	
Berlin=Stettin	4½	118,00 B
Cöln=Minden	6	
Magd.=Halberstadt	3½	89,10 G
Mgd.=Halbst. B. abg.	3½	89,25 bzG
do. B. unabg.	3½	89,25 bzB
do. C. do. abg.	5	127,20 bz

Münster=Hamm	4	
Niederschl.=Märk.	4	100,40 G
Rhein. St.=A. abg.	6½	163,30 bz
do. neue 4proc.	5	162,30 bz
do. Lit. B. gar.	4	100,90 bzG

Eisenbahn=Prioritäts=Obligationen.

Aach.=Mastricht	4	
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	
Berg.=Märkische I.	4½	103,00 G
do. II.	4½	103,00 G
do. III. v. St. g.	3½	93,50 bzG
do. do. Litt. B.	3½	93,50 bzG
do. do. Litt. C.	3½	93,50 B
do. IV.	4½	103,00 G
do. V.	4½	103,00 G
do VI.	4½	104,40 B
do. VII	4½	103,20 B
Aachen=Düsseldf. I	4	
do. do. II	4	
do. do. III	4½	
do. Düss.=Elb.=Pr	4	
do. do. II	4½	102,50 G
do. Dortm.=Soest	4	
do. do. II	4½	
do. Nordb. Fr. W.	4½	104,00 B
do. Ruhr.=C.=G. I.	4½	
do. do. II	4½	
do. do. III	4	
Berlin=Anhalt A.	4½	102,90 G
do. B.	4½	102,90 G
do. Litt. C.	4½	103,00 G
Berlin=Görlitz	4½	103,00 G
do. do. Litt. B.	4½	103,00 B
Berlin=Hamburg I.	4	100,60 G
do. do. II	4	100,60 G
do. do. III	4½	103,90 B
Brl.=Ptsd.=M. A. B	4	
do. do. C.	4	100,60 B
do. do. D.	4½	104,00 B
do. do. E	4½	
Berlin=Stettin I	4½	
do. do. II	4	100,70 B
do. do. III	4	100,70 B
do. IV. v. St. g	4	100,70 B
do. VI. do.	4	
do. VII.	4½	
Bresl.=Schw.=Freib.	4½	
do. do. Litt. G.	4½	103,00 G
do. do. Litt. H	4½	103,00 G
do. do. Litt. I.	4½	103,00 G
do. do. 1876	5	106,50 bzG
Cöln=Minden IV	4	100,60 G
do. do. V.	4	
do. do. VI.	4½	104,20 bzG
Halle=Sorau=Guben	4½	103,60 bz
do. do. C.	4½	103,60 bz
Hannov.=Altenbk. I.	4½	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Märkisch=Posener	4½	103,50 B
Mainz=Ludwigsh.	4½	103,00 G
do. do.	5	105,90 bzG
Magd.=Halberstadt	4½	
do. do. de 1861	4½	103,00 bz
do. do. de 1873	4½	103,00 bz
do. Leipz. A.	4½	105,00 bz
do. do. B.	4	100,75 bz
do. Wittenberge	4½	
do. do.	3	84,60 B
Niederschl.=Märk. I.	4	100,80 bz
do. II. a 62½ thlr.	4	100,10 B
do. Obl. I. u. II.	4	100,60 G
do. do. III conv.	4	
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C.	4	100,50 G
do. D.	4	100,50 G
do. E.	3½	93,75 G
do. F.	4½	
do. G.	4½	103,80 G
do. H.	4½	103,80 G

Oberschles. v. 1873	4	
do. v. 1874	4½	
Brieg=Neisse	4½	
do. Cos.=Oderb.	4	
do. Nied.=Zwgb.	3½	
do. Starg.=Pos.	4	
do. do. II.	4½	102,75 G
do. do. III.	4½	102,75 G
Oels=Gnesen	4½	102,80 B
Ostpreuß. Südbahn	4½	
do. Litt. B.	4½	
do. Litt. C.	4½	
Posen=Creuzburg	5	104,75 B
Rechte=Oder=Ufer	4½	
Rheinische	4	
do. v. St. gar	3½	
do. v. 1858, 60	4½	103,90 G
do. v. 1862, 64	4½	103,00 G
do. v. 1865	4½	103,00 G
do. 1869, 71, 73	4½	103,00 bzG
do. v. 1874, 77	4½	
Rh.=Nahe v. St. g.	4½	103,60 bz
do. II. do.	4½	103,60 bz
Schleswiger	4½	102,75 G
Thüringer I.	4	100,50 G
do. II.	4½	
do. III.	4	100,50 G
do. IV.	4½	103,60 G
do. V.	4½	103,60 G
do. VI.	4½	103,60 G

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth=Westbahn	5	87,00 bzB
Gal. Karl=Ludwigb.	4½	85,60 bzB
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	
do. do. IV.	5	
Lemberg=Czernow. I	5	80,00 G
do. II.	5	85,60 bzG
do. III.	5	82,25 bz
do. IV.	5	81,10 G
Mähr.=Schl. C.=B.	fr.	55,20 bzG
Oesterr.=Frz.=Stsb.	3	384,00 bzB
do. Ergänzsb.	3	361,25 bzG
Oesterr.=Frz.=Stsb.	5	105,75 bzB
do. II. Em.	5	105,75 bzB
Oesterr. Nordwest.	5	88,00 bzG
Oest. Nrdwstb. Lit. B	5	87,25 G
do. Geld=Priorit.	5	
Kaschau=Oderb. gar.	5	83,00 bzG
Kronpr. Rud.=Bahn	5	85,10 bzG
do. do. 1869	5	85,00 G
do. do. 1872	5	85,00 G
Rab=Graz Pr.=A.	4	93,90 bz
Reichenb.=Pardubitz	5	
Südösterr. (Lomb.)	3	285,90 bz
do. do. neue	3	287,00 G
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	100,50 bzG
Brest=Grajewo	5	85,50 bz
Charkow=Asow g.	5	92,50 bz
do. in Lstr. a 20	5	84,80 bzG
Chark.=Krementsch.	5	91,40 bz
Jelez=Orel, gar.	5	91,20 G
Koslow=Woron. gar	5	95,25 bz
Koslow=Woron. Ob.	5	82,25 G
Kursk=Chark. gar.	5	92,00 B
K.=Chark=As. (Obl.)	5	82,50 bzB
Kursk=Kiew, gar.	5	97,30 bz
Losowo=Sewast.	5	78,80 G
Mosko=Rjäsan, g.	5	100,80 G
Mosk.=Smolensk, g.	5	93,50 bzB
Schuja=Iwanow.	5	91,75 bz
Warsch.=Teresp., g.	5	92,75 G
do. kleine, g.	5	93,00 bz
Warschau=Wien II.	5	102,30 G
do. III.	5	102,20 G
do. IV.	5	102,10 bz
Zarskoe=Selo	5	60,50 bz

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.